Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. [illegible]

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 89. Dienstag, den 17. April 1917. 24. Jahrg.

Nicht Worte, Taten heischt das Volk!

Von Otto Braun.

Die feierlich verkündete Osterbotschaft des Königs von Preußen stellt zweifellos einen Fortschritt auf innerpolitischem Gebiete dar, der auch über die deutschen Landesgrenzen hinaus seine Wirkung nicht verfehlen dürfte. Indes, die Genugtuung über diesen Fortschritt darf uns nicht davon abhalten, seinen inneren Wert, seine Bedeutung für die politische Umgestaltung Preußen-Deutschlands nüchtern zu prüfen und zu würdigen.

Ganz abgesehen davon, daß die Botschaft dem preußischen Volke nicht entfernt das Maß von Mitbestimmungsrecht im Staate in Aussicht stellt, auf das dieses in seiner übergroßen Mehrheit längst berechtigten Anspruch erhebt und jetzt mehr denn je erheben muß, handelt es sich doch immer nur um ein Versprechen, das nach Beendigung des Krieges im Wege der Gesetzgebung erfüllt werden soll.

Ein Versprechen mehr zu der großen Sammlung von Versprechungen, deren Einlösung nach Friedensschluß dem deutschen Volke in Aussicht gestellt worden ist.

Gewiß, dieses Wahlrechtsversprechen kann nicht mit anderen Versprechungen mehr oder weniger allgemeiner Natur auf eine Stufe gestellt werden. Es geht zweifellos weiter als selbst das Versprechen Bethmann-Hollwegs in seiner Landtagsrede vom 14. März ds. Js. Es ist ein von dem Monarchen feierlich verkündeter an den Kanzler und Ministerpräsidenten gerichteter Erlaß. Stellt also gewissermaßen einen Regierungsakt dar.

Ich zweifle nicht daran, daß der König von Preußen sein Wahlrechtsversprechen erfüllen wird, auch zweifle ich nicht an dem ehrlichen Willen des Kanzlers, sein Wort einzulösen, aber ich zweifle auch ebenso wenig daran, daß die in Preußen herrschenden konservativen Junker mit ihren klerikalen Helfershelfern fest entschlossen sind, jede Reform des Wahlrechts, die ihre Alleinherrschaft in Preußen beeinträchtigt oder gar ganz beseitigt, unter allen Umständen zu vereiteln. Die Aeußerungen der konservativen Presse und konservativer Politiker lassen darüber keinen Zweifel.

Und daß diese Entschlossenheit der herrschenden Junkerkaste zur Aufrechterhaltung ihrer Macht mehr Wirklichkeitswert hat als selbst ein Königswort, dafür bietet die Geschichte Preußens hinreichend Beweise.

Vor mehr als 100 Jahren, in der Zeit der schwersten Bedrängnis Preußens verbürgte ein Königswort dem Volke bereits Mitbestimmungsrecht im Staate. Es gelang jedoch der herrschenden Kaste in Preußen die Einlösung dieses Königswortes zu vereiteln. Erst Jahrzehnte später mußte das Volk sich die versprochenen Rechte auf der Barrikade erkämpfen, was nicht hinderte, daß sie ihm über ein kurzes von dem Junkertum, unterstützt durch die Feigheit des Bürgertums zum Teil wieder entrissen wurden, sodaß Preußen noch heute mit dem elendigsten aller Wahlsysteme trotz seiner wirtschaftlichen und kulturellen Höhe politisch als der reaktionärste Großstaat Europas dasteht.

Ein Königswort erklärte einst: Der Mittellandkanal wird gebaut. Die konservativen Junker erklärten: er wird nicht gebaut. Und sie behielten Recht, er ist bis heute nicht gebaut, sehr zum Schaden unseres Wirtschaftslebens, was sich besonders jetzt in der Kriegszeit stark fühlbar macht.

Vor etwa 9 Jahren verkündete ein Königswort in feierlicher Thronrede die Reform des preußischen Wahlrechts als die wichtigste politische Aufgabe der Gegenwart. Es ist mein Wille, daß das Wahlrecht geändert werde, erklärte der König. Es ist unser Wille, daß daraus nichts wird, erklärten die junkerlichen Machthaber Preußens. Und ihr Wille war wiederum entscheidend. Das Königswort wäre durch die Einbringung der Wahlrechtsvorlage eingelöst, erklärten sie sophistisch, nachdem sie die Wahlrechtsvorlage zu Fall gebracht und jeden weiteren Versuch einer Wahlrechtsreform vereitelt hatten.

Was bürgt uns dafür, daß dem neuerlichen Königswort nicht das gleiche Schicksal bereitet wird. Die Konservativen haben ihre Feindschaft gegen ein den Anforderungen der Zeit entsprechendes Wahlrecht nicht aufgegeben. Sie erklärten sich jetzt wohl bereit, an der Wahlrechtsreform mitzuarbeiten. Zweifellos wollen sie aber nur mitarbeiten, um eine wirkliche Reform zu vereiteln.

Soll daher dem preußischen Volke ein demokratisches Wahlrecht werden — und nur ein solches kann seinen berechtigten Ansprüchen genügen, so müssen dabei die preußischen Klassen- und Privilegienparlamente ausscheiden; nur im Wege der Reichsgesetzgebung kann das erreicht werden.

Die Wahlrechtsfrage ist auch längst nicht mehr eine spezifisch preußische Angelegenheit. Sie ist nicht nur innerpolitisch, sondern — was zurzeit besonders kraß in die Erscheinung getreten ist — auch außerpolitisch von der größten Bedeutung für das Reich, eine Reichssache von eminenter Wichtigkeit.

Wenn der König von Preußen erklärt, daß in Preußen für das Klassenwahlrecht kein Raum mehr ist, so muß das doch der deutsche Kaiser auch für andere deutsche Bundesstaaten und freie Städte gelten lassen. Auch in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg, den Hansastädten und in sonstigen deutschen Bundesstaaten müssen die Standes- und Klassenbarrieren fallen, die das Volk von der Mitbestimmung im Staate ausschließen.

Und **sie müssen gleich fallen, noch während des Krieges müssen sie gründlich weggeräumt werden.** Neben der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems ist es die vornehmste und dringendste Aufgabe des vom Reichstage eingesetzten Verfassungsausschusses, ein Reichsgesetz vorzubereiten, das für **alle deutsche Bundesstaaten und freie Städte** ein auf Grund des **allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen** gewählte Volksvertretung vorschreibt.

Die Gründe, die für die Aufschiebung der notwendigen politischen Umwälzungen bis nach Beendigung des Krieges geltend gemacht werden, **sind nach keiner Richtung hin** stichhaltig.

Auch die merkwürdigerweise von sozialdemokratischen Politikern geäußerte Erwägung, nach Friedensschluß wäre eine durchgreifendere Reform durchzusetzen, erscheint mir ganz und gar verfehlt. Das widerspricht allen geschichtlichen Erfahrungen. Jetzt ist der rechte Zeitpunkt für die längst fällige gründliche Neugestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse. Was jetzt das deutsche Volk nicht erreicht, erreicht es nach Beendigung des Krieges sicher nicht.

Der Einwand aber, daß die Durchführung der Wahlrechtsreform politische Kämpfe auslösen würde, die die Einmütigkeit des Volkes in der Verteidigung unseres jetzt schwerer denn je bedrohten Landes gefährden könnte, entbehrt vollends jeder Berechtigung.

Gerade die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes, mit dem kaum 10 Prozent des Volkes zufrieden ist, den aber 90 Prozent des Volkes als bitterstes Unrecht empfindet, wirkt verbitternd und ist geeignet, die Einmütigkeit des Volkes, die durch die unzulängliche Regelung der Lebensmittelversorgung ohnehin schwer gelitten hat, vollständig zu zerstören.

Nur durch die schnelle Beseitigung dieses ungerechten Zustandes, der es ermöglicht, daß der Lebensmittelwucherer sich in die erste Wählerklasse hinaufwuchert, während draußen mancher, der für die Sicherheit unseres Landes kämpft und blutet, in die einflußlose dritte Wählerklasse, wenn er ihr noch nicht angehört, hinabsinkt, kann die Entschlossenheit des Volkes in der Verteidigung des Landes aufrechterhalten werden.

Worte und noch so feierlich verkündete Versprechungen genügen da nicht. Heute gilt mehr denn je nur die Tat.

Ebensowenig wie es genügen würde, wollte das Volk sich nur mit dem Wort für die Landesverteidigung erklären und sich nicht mit der entschlossenen Tat dafür einsetzen, ebensowenig kann es sich mit Worten abspeisen lassen, wenn es die Beseitigung des drückenden Dreiklassenwahlunrechts fordert. Nur durch die **schnelle befreiende Tat kann dem nach Recht und Freiheit dürstenden Volke Genüge geschehen.**

Die Friedensfrage.

Heute liegen wieder eine Reihe Meldungen vor, die uns in unserer Auffassung, daß die Erlösung der Menschheit aus dem furchtbaren Kriegsbanne nahe bevorsteht, stärken. Zwar sind dem Friedensgedanken neue Gegner dadurch entstanden, daß **an der Aisne nach einem zehntägigen Massenfeuer der französische Durchbruchsversuch** mit gewaltigen Kräften **begonnen** und daß sich ferner **Brasilien** durch **Abbruch der diplomatischen Beziehungen** auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, doch hegen wir die feste Ueberzeugung, daß auch diesen Widerständen zum Trotz der Friedensgedanke weiter marschiert und seiner Verwirklichung entgegengeht. Ja, er kann und wird eine neue Stärkung erfahren, wenn der französische Durchbruchsversuch scheitert.

Mit Recht bemerkt das Amsterdamer „Allgemeen Handelsblad": „Während der ganzen Kriegszeit sei **niemals ein günstigerer Moment für Friedensunterhandlungen** auf einer alle Kriegführenden befriedigenden Grundlage gewesen, als im gegenwärtigen Augenblick, zumal die enormen Schiffsverluste und die Mißernte-Aussichten auch in England zu Friedensunterhandlungen geneigter machen dürften.

Das in Odense erscheinende sozialdemokratische Blatt „Fyns Social Democrat" schreibt: „Es ist kein Geheimnis mehr, daß **unoffizielle Friedensverhandlungen** geführt worden sind. Da sie indessen **abgebrochen** wurden, haben die Blätter insofern Recht, wenn sie die Gerüchte von Friedensverhandlungen als unzutreffend bezeichneten. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind jedoch **Bemühungen mit gesteigerter Kraft von anderer Seite wieder aufgenommen** worden und wir können hinzufügen: **auf Veranlassung von Sozialdemokraten.** Wir haben Grund anzunehmen, daß die Aussichten in diesem Augenblicke nicht ganz so schwarz sind."

Vielleicht hängt mit dieser Nachricht die Meldung zusammen, daß der in Stockholm aus der Schweiz über Deutschland eingetroffene russische Sozialistenführer Lenin, der bereits von der Schweiz aus Verhandlungen mit den Sozialdemokraten der verschiedenen Länder führte, bemüht ist, eine Zusammenkunft der Sozialdemokraten der kriegführenden Länder in Stockholm zu ermöglichen. Und daß weiter die niederländischen Delegierten des **Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Bureaus** beschlossen haben, sich nach Stockholm zu begeben.

In einer Friedensversammlung sozialdemokratischer Frauen, die am Sonntag in Kopenhagen stattfand, kam der dänische Minister Genosse Stauning, dessen Name jetzt mehrmals im Zusammenhang mit den Friedensäußerungen der deutschen und der russischen Sozialdemokratie genannt wurde, auf die falschen Gerüchte zu sprechen, die seine Mitwirkung bei dieser Sache hervorgerufen hat. Niemals, so sagte der Minister, hätte er oder die dänische Sozialdemokratie die von ihnen übernommene Mitwirkung zur Einleitung von Verhandlungen so aufgefaßt, daß das **Ziel der Verhandlungen ein Sonderfrieden zwischen Deutschland und Rußland wäre. Dieses Ziel bestehe bei keiner der beteiligten Parteien,** da dann der Krieg an den anderen Fronten noch furchtbarer auflodern würde. Es handle sich allein um Verhandlungen zur **Vorbereitung einer allgemeinen Friedensaussprache.** Ein Ziel, dem man sich, wie Stauning hinzufügte, wohl auch **langsam nähere.**

Wie stark die Friedensströmung in Rußland ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß die ganzen russischen Blätter voll sind von Erörterungen über die Friedensfrage. Es gibt eben nur ein Thema in Rußland und das ist der Frieden.

„Die „Kriegszeitung" meldet aus dem Haag: Nach Londoner Berichten veröffentlicht die unabhängige Arbeiterpartei einen Aufruf an das englische Volk, in dem der Regierung Lloyd Georges zum Vorwurf gemacht wird, daß sie **einen gerechten Frieden** mit den Völkern der Zentralmächte **auf jede Weise zu verhindern suche** und die aufrichtigen Anträge deutscher und österreichischer Staatsmänner systematisch als Lügenwerk und listiges Spiel abfertigt. Gegen diesen Trick einer wahnwitzigen Kriegspartei rüttelt die Parteileitung das Gewissen des englischen Volkes auf; sie verlange, daß sich das Land vom Joch der Sklaverei befreie und sich **auf ehrenvolle Art mit Deutschland einige,** das niemals an Vernichtung des englischen Volkes gedacht habe.

Am 9. April fand in Mailand ein Kongreß der italienischen Sozialisten und Arbeitervertreter statt, der sich für **möglichst baldige Beendigung des Krieges** aussprach. Der Friedensgedanke greift immer weiter um sich.

Brasilien gegen Deutschland.

Der Berliner brasilianische Gesandte hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Note überreicht, der zufolge die **Beziehungen zu Deutschland abgebrochen** und die Pässe für die Gesandtschaft und die Konsulate erbeten werden. **Als Begründung hierfür wird die Zerstörung des brasilianischen Dampfers „Parana" durch deutsche Seestreitkräfte angegeben.** Die Note nimmt Bezug auf die früheren Erklärungen Brasiliens, in denen die Verantwortung für die im Widerspruch zum Völkerrecht erfolgenden Verletzungen der brasilianischen Staatsangehörigen, Waren und Schiffe Deutschland überlassen worden sei. Der kaiserliche Gesandte sei bereits auf die Folgen aufmerksam gemacht worden, die jeder Angriff auf brasilianische Schiffe haben werde, und zwar betrachte es die brasilianische Regierung als ihr gutes Recht, daß kein brasilianisches Schiff auf irgend welchem Meere und unter irgend einem Vorwande angegriffen werden dürfe, selbst wenn es Konterbande führe, da die kriegführenden Mächte alle Arten von Waren unter diesen Begriff gestellt hätten. Die brasilianische Regierung sei bereit, **pflichtgemäß die Freiheit der Schiffahrt und die Lebensinteressen Brasiliens zu verteidigen.** Der Dampfer „Parana" sei unter folgenden Umständen versenkt worden: Er sei mit verminderter Geschwindigkeit unter vorschriftsmäßiger Beleuchtung gefahren und habe den Namen „Brasilien" getragen. Er sei nicht zur Unterbrechung seiner Fahrt aufgefordert, ohne vorherige Warnung und ohne daß er Widerstand geleistet hätte, torpediert und beschossen worden. Das deutsche U-Boot habe ihm keinen Beistand geleistet. Dies alles

stelle gegenüber den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland einen feindlichen Akt dar. Es sei dadurch großer Sachschaden sowie namentlich der Tod und die Verwundung brasilianischer Staatsangehöriger im Widerspruch zu den Grundsätzen des Völkerrechts und zu den von Deutschland selbst angenommenen Konventionen verursacht worden. Da diese Handlungsweise gegen die früheren von der brasilianischen Regierung abgegebenen Erklärungen verstoße, halte der Präsident weitere diplomatische Erklärungen und Verhandlungen nicht mehr für möglich. Für den **deutschen Gesandten in Brasilien,** dem seine **Pässe zugestellt** worden seien, und das Personal der Gesandtschaft und der Konsulate, werde der Dampfer „Rio de Janeiro" zur Fahrt nach Amsterdam zur Verfügung gestellt. Den Schutz der brasilianischen Interessen in Deutschland habe die Schweiz übernommen.

Der Dampfer „Parana" ist, wie wir erfahren, am 4. ds. Mts. nördlich von Barfleur im englischen Kanal, also im Sperrgebiet versenkt worden. Da er vor dessen Befahren durch die allgemeine Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs rechtzeitig und nachdrücklich gewarnt worden war, bedurfte es einer besonderen Warnung nicht.

Brasilien hat sich also zunächst darauf beschränkt, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Ob es hierbei bleiben oder über kurz oder lang zur Kriegserklärung schreiten wird, dürfte ganz davon abhängen, was Wilson wünscht. Denn Brasilien ist infolge seiner schlechten finanziellen Verhältnisse der Regierung der Vereinigten Staaten, von der es Hilfe erwartet, untertan.

Die brasilianische Regierung hat bereits die Beschlagnahme der deutschen Schiffe — 45 mit 235 591 Tonnen Raumgehalt — angeordnet.

So werden immer weitere Staaten in den Strudel des Weltkrieges hineingerissen. Und das alles im Namen der Demokratie und der Menschlichkeit. Wenns nicht so bitter ernst wäre, man wäre versucht, die ganze Welt für ein Narrenhaus zu halten.

Vom Tage.

Im Westen hat die mit gewaltigen Kräften geführte französische Durchbruchsschlacht an der Aisne begonnen. Es wird ein mörderisches Ringen werden und viele, viele blühende Menschenleben werden wieder vernichtet. Wie lange soll dieser Wahnsinn noch andauern?

*

Der Kopenhagener „Socialdemokraten" schreibt in seiner Mittwochnummer: In dem bisherigen Verlauf der russischen Revolution ist der russische Arbeiter von der richtigen Freiheitsliebe beseelt gewesen. Aber **jetzt stehen die unteren Schichten der russischen Bevölkerung vor der schwersten Prüfung.** Selbstverständlich sind sie friedensfreundlich, doch wird gegen die Friedensliebe der russischen Revolutionäre jetzt Sturm gelaufen. Die russische Kapitalistenklasse, ebenso die kapitalistischen Machthaber in den verbündeten Ländern rufen ihnen zu, daß sich die Demokratie der Welt gegen das autokratische Mitteleuropa vereinigt habe.

Es gehört kaltes Blut dazu, diesem Druck zu widerstehen. Sucht man erst jetzt Rußlands Hilfe, wo es demokratisch geworden ist? War nicht gerade das autokratische Rußland ein Haupteckstein im Weltkriege? Kann sich das freie Rußland nun vor den gleichen Wagen spannen lassen wie das alte Rußland? Stellt man diese Fragen, so merkt man die **Hohlheit der Behauptung, daß der Krieg für die Sache der Demokratie geführt** werde. Dadurch wird dem russischen Proletariat aber auch die weltgeschichtliche Aufgabe klar, Rußland eine wahre Demokratie zu geben und den **Weltkrieg zum Abschluß zu bringen,** damit nicht die falsche Demokratie, der Kapitalismus, weiter den Krieg für seine Interessen gebrauchen kann und damit zur Unterdrückung der Arbeiterklasse in Rußland und der ganzen Welt. Das amerikanische verrufene Rüstungskapital als Führer im Kampfe für die Sache der Demokratie gibt verschiedenen Stoff zum Nachdenken.

Wir sind völlig einig mit Kerenski darin, daß **es zu einer Verständigung zwischen den Völkern leichter kommen kann, als zwischen den Fürstenhäusern.** Aber, obgleich wir keine Veranlassung haben, einen der Throne zu stützen, glauben wir doch, daß es ein viel größeres Unglück für die Welt sein würde, den Krieg fortzusetzen, bis die Throne gestürzt sind, als sie bestehen zu lassen, solange das eigene Volk sie behalten will. **Eine Verbindung zwischen den Völkern wird möglich sein trotz der Fürstenhäuser.** Wir sehen es als eine **weltgeschichtliche Aufgabe des russischen Proletariats an, die Verbindung mit allen Völkern nach allen Seiten wieder anzuknüpfen.**

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 16. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Nordufer der Scarpe hielt unser Vernichtungsfeuer englische Angriffswellen nieder, so daß der Sturm nicht zur Durchführung kam.

Auch nördlich von Croisilles brachte unser Feuer einen starken Angriff der Engländer verlustreich zum Scheitern.

Nördlich der Straße Arras—Cambrai warf ein Vorstoß unserer Truppen den Feind auf Lagnicourt und Boursies zurück. Zu den blutigen Verlusten der dort fechtenden Australier kommt die Einbuße von 475 Gefangenen und 5 Maschinengewehren, die eingebracht, sowie von 22 Geschützen, die genommen und durch Sprengung unbrauchbar gemacht wurden.

Bei St. Quentin nahm das Artilleriefeuer wieder zu.

Heeresgruppe Kronprinz.

Zwischen Oise und Aisne sind gestern durch starkes Feuer vorbereitete Angriffe der Franzosen bei Vauxaillon und Chivres gescheitert.

Von Soissons bis Reims und im Westteil der Champagne hat der Feuerkampf bei stärkstem Einsatz der Artillerie und Minenwerfer angehalten. Nach Scheitern feindlicher Erkundungsvorstöße am 15. April ist heute morgen in breiten Abschnitten die Infanterieschlacht entbrannt.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

In der Lothringer Ebene und der Burgundischen Pforte blieben Unternehmungen französischer Sturmtrupps gegen unsere Stellungen ohne jeden Erfolg.

*

NB. Ein einheitlicher Angriff feindlicher Flieger gegen unsere Fesselballons längs der Aisne war ergebnislos.

Die Gegner haben zwischen Soissons und Verdun gestern elf Flugzeuge verloren, deren Mehrzahl Maschinen neuester Bauart (Spads) sind.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im allgemeinen geringe Gefechtstätigkeit. Nur an der Bahn Kowel–Luck verfeuerte die russische Artillerie etwa 10 000 Schuß gegen unsere Stellungen; vordringende Streifabteilungen wurden abgewiesen.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 16. April, abends. (Amtlich.)

Bei Arras **geringe Gefechtstätigkeit. An der Aisne hat der große französische Durchbruchsversuch mit weitgestecktem Ziel nach zehntägigem Massenfeuer begonnen. Auf der 40 Kilometer breiten Angriffsfront ist der erbitterte Kampf um unsere vorderste Stellung im Gange.**

Im Osten nichts Wesentliches.

*

Wien, 16. April. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Ueber Darmonesci schoß am 14. d. M. ein k. und k. Flieger ein russisches Nieuport-Flugzeug ab. Gestern in Wolhynien erhöhte russische Artillerietätigkeit. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Fleims-Talfront drangen heute zeitlich früh unsere Sturmpatrouillen im Gebiet der Cima di Bocche in die italienischen Stellungen ein und machten 7 Offiziere und 124 Mann zu Gefangenen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 15. April. Nachmittags: Nördlich und südlich der Oise zeigte sich unsere Artillerie während der Nacht tätig. Unsere Aufklärungsabteilungen fanden überall die feindlichen Gräben stark besetzt und führten einige Gefangene zurück. In der Gegend nördlich der Aisne war die Nacht verhältnismäßig ruhig. In der Champagne dauert der Artilleriekampf heftig an. Westlich von Maisons de Champagne Handgranatengefechte. Unsere Aufklärungsabteilungen drangen an mehreren Punkten in die deutschen, durch unser Feuer völlig zerstörten Gräben und brachten zahlreiches Material zurück. Auf dem rechten Maas-Ufer unternahm der Feind zwei Angriffe, den einen auf der Nordostecke des Bois des Caurieres und den anderen aus Les Chambrettes. Diese beiden Versuche scheiterten in unserem Feuer. Einige deutsche Infanteristen, die in die vorgeschobenen Linien vom Bois des Caurieres hatten eindringen können, wurden getötet oder gefangen genommen. In Lothringen Patrouillenkämpfe im Parroy-Walde und bei Bettincourt.

Abends: In der Gegend von St. Quentin war der Artilleriekampf während eines großen Teiles des Tages heftig. Unsere Batterien haben feindliche Truppenansammlungen, die nördlich von Fancourt gemeldet wurden, unter Feuer genommen und zerstreut. Lebhafte Artillerietätigkeit in verschiedenen Abschnitten nördlich der Aisne und in der Champagne. In Lothringen richteten wir ein Zerstörungsfeuer auf die deutschen Werke im Priesterwalde und im Walde von Parroy.

Englischer Heeresbericht vom 15. April: Nordwestlich von St. Quentin gewannen wir nördlich von Gricourt Boden und machten Gefangene. Wir rückten in der Nähe des Waldes von Avricourt weiter vor, auch östlich von Lievin, wo wir uns dem Rande von Lens näherten. Die feindlichen Verluste in dem am Morgen beiderseits der Straße von Bapaume-Cambrai erfolgten Angriff sind sogar noch schwerer, als zuerst berichtet wurde. Der Angriff wurde mit großer Entschlossenheit unter heftigem Feuer unserer Infanterie und Artillerie vorgetragen. Abgesehen von 360 deutschen Gefangenen wurden 1500 Tote vor unserer Stellung zurückgelassen.

Heute früh unternahm der Feind einen starken Angriff auf einer Front von 6 Meilen auf der Ostseite der Straße Bapaume-Cambrai, der überall erfolglos blieb, außer bei Lagnicourt, wo der Feind Fuß faßte. Aber ein Gegenangriff vertrieb ihn mit schweren Verlusten aus dem Dorfe. Wir eroberten die feindlichen Verteidigungsanlagen östlich von Lievin vonRiaumont bis zur Ostecke der Stadt St. Pierre. Unsere Truppen dringen in der Richtung auf Lens vor.

Rußland.

Aus dem russischen Arbeiterrat.

Der allgemeine Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrates aus ganz Rußland beendete die Beratung über die Haltung gegenüber der provisorischen Regierung und nahm folgende Entschließung an:

1. Die provisorische Regierung, die während der Revolution in Uebereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg sich bildete, veröffentlicht eine Erklärung, die ihr Programm angibt. Der Kongreß stellt fest, daß dieses im Prinzip die politischen Ansprüche der russischen Demokratie enthält und daß die provisorische Regierung bisher die eingegangenen Verpflichtungen treulich erfüllte.

2. Der Kongreß fordert die gesamte russische revolutionäre Demokratie auf, sich um den Arbeiter- und Soldatenrat zu scharen, als den Mittelpunkt der organisierten demokratischen Kräfte, die zusammen mit den anderen fortschrittlichen Kräften in der Lage sind, **jeglichen Versuch einer Gegenrevolution abzuweisen** und die Errungenschaften der Revolution zu befestigen.

3. Der Kongreß ist **überzeugt von der Notwendigkeit einer dauernden politischen Kontrolle** und von der Notwendigkeit des Einflusses auf die provisorische Regierung, um diese zum tatkräftigen Kampf gegen die antirevolutionären Kräfte anzutreiben; ferner von der Notwendigkeit der Einflußnahme, um sie zu verpflichten, das gesamte Leben Rußlands zu demokratisieren und einen **gemeinsamen Frieden vorzubereiten ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen,** aber auf der Grundlage der freien nationalen Entwicklung aller Völker.

4. Der Kongreß lehnt zwar die Verantwortung für die gesamte Tätigkeit der provisorischen Regierung ab, fordert aber die Demokratie auf, sie zu unterstützen, insoweit sie die Errungenschaften der Revolution zu festigen sucht und ihre Politik nach außen nicht auf Bestrebungen nach Gebietsausdehnung gründet.

5. Der Kongreß fordert die revolutionäre Demokratie Rußlands auf, sich um den Arbeiter- und Soldatenrat zu scharen, sich bereit zu halten, **kräftig jeden Versuch der Regierung zurückzuweisen, sich mit der Demokratie in Widerspruch zu setzen** oder auf die Ausführung der eingegangenen Verpflichtungen zu verzichten.

Die Entschließung wurde unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen.

*

Soldatenausschüsse des Arbeiterbundes.

Pariser Blätter berichten aus Petersburg, im Soldaten- und Arbeiterausschuß gab Tscheidse am 12. April bekannt, daß sich in 213 russischen Garnisonen Soldatenausschüsse des Arbeiterbundes gebildet hätten.

Der Seekrieg.

Weitere 40 000 Raumtonnen im Mittelmeer versenkt.

Berlin, 16. April. (Amtlich.) Im Mittelmeer wurden nach den eingegangenen Meldungen versenkt: 6 Dampfer und 4 Segler mit 40 782 Tonnen, darunter am 6. April der bewaffnete englische Dampfer „Spithead" (4697 Tonnen), von Alexandrien nach Colombo bestimmt, und der französische Segler „Cybelle" (154 Tonnen), von Malaga nach Lissabon mit Eisen; am 10. April ein englischer bewaffneter Transportdampfer (etwa 8000 Tonnen), tief beladen auf der Fahrt nach Port Said, und ein englischer Hilfskreuzer, Typ „Olway", von etwa 12 000 Tonnen, von Alexandrien; am 11. April der bewaffnete englische Dampfer „Imperial Transport" (4648 Tonnen), von Port Said nach Malta; Anfang April nach Aussagen englischer Kriegsgefangener zwei Dampfer von je 5000 Tonnen durch Minen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Fliegerangriff auf Freiburg i. Br.

WTB. Berlin, 15. April. (Amtlich.)

Am Sonnabend, 14. April, mittags um 12 Uhr, griff ein feindliches Flugzeuggeschwader von 12 Flugzeugen die offene Stadt Freiburg im Breisgau an. Der Angriff wurde um 5 Uhr nachmittags von zwei weiteren Geschwadern mit zusammen 23 Flugzeugen wiederholt. Dem ruchlosen Ueberfall fielen leider mehrere Menschenleben zum Opfer. 7 **Frauen,** 8 Männer und 1 Soldat wurden getötet. **17 Frauen, 8 Männer und 2 Kinder verletzt.** Die feindlichen Flieger wählten sich als Angriffsziele neben dem neuen Stadttheater vor allem Institute, Kliniken und die Universität. Die Anatomie wurde beträchtlich beschädigt.

Durch unsere wirksamen Gegenmaßnahmen kam der Angriff nicht voll zur Durchführung. Im Verlauf der sich mit unseren zur Abwehr aufgestiegenen Fliegern entspinnenden Luftkämpfe wurden zwei feindliche Flugzeuge bei Schlettstadt und Markirch abgeschossen, ein drittes im Luftkampf, vereint mit der Beschießung von der Erde aus, zum Absturz gebracht. Bezeichnenderweise sind sämtliche drei Flugzeuge englische Typen mit englischer Besatzung. Der Führer des Angriffs, ein englischer Oberstleutnant, ist dabei in unsere Hände gefallen. Nach seinen Angaben und dem Inhalt eines abgeworfenen Flugblattes war der Angriff eine Vergeltungsmaßregel für die Torpedierung des Dampfers „Gloucester Castle". Die Berechtigung zu einer solchen Begründung wird auf das entschiedenste bestritten. Unsere Regierung gab England rechtzeitig genug zu verstehen, daß sie den Verkehr von sogenannten Lazarettschiffen innerhalb der genau bezeichneten Zone nicht länger dulden könne. Wenn die Engländer trotzdem unter Mißachtung unserer Warnung und unter Mißbrauch des Roten Kreuzes Transporte im Sperrgebiete unternehmen, so müssen sie die Folgen ihrer Handlungsweise tragen. Aus Rachsucht aber offene Städte anzugreifen, ist billiger Ruhm. Militärisch wichtige Objekte, die einen Angriff rechtfertigen können, gibt es in Freiburg nicht. So reiht sich dieser Ueberfall würdig den andern durch nichts begründeten Ueberfällen auf wehrlose süddeutsche Ortschaften an. Ein trauriges Seitenstück zu dem Karlsruher Kindermord vom 22. Juni 1916.

*

Ermahnungen und Ratschläge Wilsons an sein Volk.

Wilson richtete den folgenden Aufruf an die Amerikaner:

Mitbürger!

Der Eintritt unseres geliebten Vaterlandes in den grausamen und schrecklichen Krieg für die Demokratie und Menschenrechte, der die Welt erschüttert hat, bringt für das Leben und die Handlungen der Nation so viele Probleme mit sich, die eine sofortige Erwägung verlangen, daß ich hoffe, daß Ihr mir gestatten werdet, einige ernste Ratschläge und Ermahnungen an Euch zu richten. Wir bringen unsere Flotte in aller Eile auf Kriegsstärke und sind im Begriffe, eine große Armee aufzustellen und auszurüsten. Aber das sind nur Teile der großen Aufgabe, der wir uns gewidmet haben. Der Sache, wofür wir kämpfen, haftet soviel wie ich sehen kann, nicht ein einziges selbstsüchtiges Element an. Wir kämpfen, wir wir glauben und wünschen, für die Rechte der Menschlichkeit und den künftigen Frieden der Sicherheit der Welt. Um diese große Sache würdig und erfolgreich durchzuführen, müssen wir uns ohne Rücksicht auf Gewinn und materiellen Vorteil mit Energie und Klugheit, die hinter der Größe des Unternehmens nicht zurückstehen dürfen, in den Dienst der Sache stellen. Wir müssen uns völlig darüber klar werden, wie groß diese Aufgabe ist, und was sie an unsere Fähigkeit und Opferbereitschaft für Anforderungen stellt. Folgendes sind Dinge, die wir neben dem Kampf vollbringen und gut vollbringen müssen, und ohne die der Kampf vergeblich wäre: Wir müssen Lebensmittel im Ueberfluß beschaffen, nicht nur für uns selbst und unsere Armee und Seeleute, sondern auch für den großen Teil der Völker, mit denen wir jetzt gemeinsame Sache gemacht haben und zu deren Unterstützung und an deren Seite wir kämpfen werden. Unsere Schiffswerften müssen die Schiffe zu Hunderten herstellen, die trotz der U-Boote den täglichen Bedarf von einer nach der anderen Küste des Ozeans bringen. Unsere Felder, Bergwerke und Fabriken müssen Material in Hülle und Fülle liefern, um unsere eigenen Land- und Seestreitkräfte zum Kriege auszurüsten und gleichzeitig unser Volk, wofür die tapferen Männer, die unter den Waffen stehen, nicht länger arbeiten können, zu kleiden und mit dem Nötigen zu versorgen. Wir müssen die Armeen in Europa, denen wir zur Seite stehen, kleiden und ausrüsten helfen und die Webstühle und Fabriken in Europa mit Rohmaterial versorgen. Wir müssen Kohlen für die Schiffe auf der See und für Hunderte von Fabriken jenseits des Meeres beschaffen, für Stahl sorgen, woraus drüben Waffen und Munition hergestellt werden, für Eisenbahnschienen für die ausgefahrenen Eisenbahnen hinter der Front, für Lokomotiven und Eisenbahnwagen zum Ersatz des Materials, das täglich zerstört wird, für Maultiere, Pferde und Rinder und alles, womit sich die Völker Frankreichs, Italiens und Rußlands sonst selbst versorgten, zu dessen Erzeugung jetzt aber nicht genug Menschen, Material und Maschinen verfügbar haben. Das Haupterfordernis unseres eigenen Volkes und der Völker, mit denen wir zusammengehen, ist eine reichliche Versorgung, namentlich mit Lebensmitteln. Die Wichtigkeit der ausreichenden Lebensmittelversorgung im heutigen Jahr steht an erster Stelle. Ohne erreichliche Nahrungsmittel für die Armee und Völker, die jetzt im Kriege sind, würde das ganze große Unternehmen, dem wir uns angeschlossen haben, zusammenbrechen und fehlschlagen. Die Lebensmittelreserven der Welt sind gering. Nicht nur während der jetzigen schwierigen Lage, sondern auch für einige Zeit nach dem Kriege, müssen unser eigenes Volk und ein großer Teil der Völker Europas auf die amerikanische Ernte rechnen können. Von den Farmen dieses Landes hängt deshalb in großem Maße das Schicksal des Krieges und das Schicksal der Völker ab. Die Zeit ist kurz und es ist von der allergrößten Wichtigkeit, daß alles getan wird und daß es sofort getan wird, um für große Ernten zu sorgen. Ich appelliere an die jungen und alten Männer und arbeitsfähigen Knaben, sich in Scharen der Landarbeit zuzuwenden, damit bei unserer großen Sache keine Mühe und Arbeit gespart bleibt. Ich appelliere besonders an die Farmer im Süden, große Mengen von Getreide und Baumwolle anzubauen. Sie können ihren Patriotismus in keiner besseren und überzeugenderen Weise zeigen, als indem sie der großen Versuchung der gegenwärtigen Baumwollpreise widerstehen und in großzügiger Weise die Nation und alle Völker ernähren helfen, die für ihre Freiheit und ihr Hab und Gut kämpfen. Die Gelegenheit, die Kraft einer großen Demokratie zu zeigen, ist für uns gekommen. Wir werden ihr gewachsen sein.

In dem Aufruf Wilsons heißt es weiter: Den Zwischenhändlern rufe ich zu: Ihr habt Gelegenheit, wichtige und uneigennützige Dienste zu leisten. Die Augen des Landes werden auf Euch gerichtet sein. Das Land erwartet von Euch, wie von allen anderen, daß Ihr auf die üblichen Gewinne verzichtet und die Verschiffung von Vorräten aller Art, besonders von Nahrungsmitteln, organisiert und fördert. Den Männern, die die Eisenbahnen des Landes betreiben, sage ich, daß auf ihnen eine riesige Verantwortung ruht, und danach sehen müssen, daß diese Lebensadern nicht versagen.

Den Kaufleuten möchte ich das Motto: „Kleine Gewinne, rasche Bedienung" anempfehlen. Den Schiffbauern möchte ich ans Herz legen, daß Leben und Krieg von ihnen abhängen. Lebensmittel und Kriegsmaterial müssen über die See gebracht werden, ohne Rücksicht darauf, wieviele Schiffe versenkt werden. Dem Bergmann rufe ich zu, daß die Armee und die Staatsmänner hilflos sind, wenn er nachlässig ist oder versagt. Den Munitionsfabrikanten rufe ich zu, daß die Nation von ihnen erwartet, daß sie alle Zweige der Fabrikation beschleunigen und vervollkommnen, und den Angestellten, daß jeder Mensch, der sein Land und dessen Freiheit liebt, auf ihre Dienste rechnet. Am Schluß fordert Wilson auf, sparsam zu sein und sich einzuschränken.

*

Wilson gegen eine Unterzeichnung des Londoner Vertrages.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morningpost" schreibt: Ich erfahre, daß Präsident Wilson nach sorgfältiger Ueberlegung zu dem Schlusse kam, daß es unpolitisch sein würde, wenn die Vereinigten Staaten den Londoner Vertrag mit unterzeichneten oder die formelle Verpflichtung eingingen, nur mit Zustimmung sämtlicher Alliierten Frieden zu schließen. Solche Abmachung würde für Amerika nur dann eine bindende Kraft haben, wenn sie die Form eines Traktates erhielte. Es wäre sehr zweifelhaft, ob ein solches Traktat, für dessen Ratifizierung zwei Drittel der Mehrheit des Senats nötig wäre, angenommen würde.

*

Bewilligung der amerikanischen Kriegskredite.

Aus Washington wird gemeldet: Das Repräsentantenhaus hat einstimmig (d. h. mit 359 Stimmen) den Entwurf über die Bewilligung von sieben Milliarden Dollars für Kriegszwecke und Darlehen an die Ententemächte angenommen.

*

Strikte Neutralität in Mexiko.

Carranza erklärte im Kongreß, daß Mexiko im Weltkriege strikte Neutralität einhalten wird.

*

Auch Kolumbien bleibt neutral.

Auch Kolumbien ist, wie der „Voss. Ztg." gemeldet wird, von den Vereinigten Staaten aufgefordert worden, sich den Gegnern Deutschlands anzuschließen. Die Regierung hat das Ansinnen indes abgelehnt.

*

Das deutsche Gesandtschaftsgebäude in Buenos Aires in Brand gesteckt?

Aus Buenos Aires, der argentinischen Hauptstadt, wird gemeldet: Eine große Menschenmenge hat auf die Deutschen geschossen; einer wurde getötet. Das deutsche Gesandtschaftsgebäude und das Konsulat wurden überfallen und in Brand gesteckt. Der Brand wurde gelöscht. Die Polizei, die die Aufrührer auseinandertrieb, verwundete verschiedene von ihnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Tagung der Alldeutschen.

Der Alldeutsche Verband hielt Sonntag in Berlin eine Vorstandssitzung ab, an der nicht weniger als 500 Personen teilgenommen haben. Nach den Versicherungen der „Berliner Neuesten Nachr." waren die auserlesensten und erleuchtetsten Köpfe der ganzen alldeutschen Bewegung anwesend. Man sprach über die nächsten Aufgaben des Verbandes, über die politische und wirtschaftliche Lage, über die militärische Situation zu Lande und zur See, über die Lage in Österreich, über den Stand in Belgien und Polen, über die Lage in Kurland usw. Über den Inhalt dieser Vorträge wird vorsichtshalber nichts mitgeteilt. Wenn man sich die Reihe der Redner betrachtet, kann man sich einigermaßen vorstellen, welche Phantasiegebilde dort entrollt worden sind.

Die Luxussteuer.

Der Entwurf einer Luxussteuer, wie ihn der Steuerausschuß beraten hat, war bekanntlich keine Vorlage der Regierung, sondern stellte einen Antrag dar, den die Mehrheitsparteien im Anschluß eingebracht hatten. Dieser Antrag war aber auch nicht auf dem Boden dieser Parteien gewachsen, sondern stammte aus dem Reichsschatzamt, wo man über eine reichhaltige Auswahl von Steuerentwürfen aller Art verfügt. Wenn ein von der Regierung vorgelegter Steuerentwurf in seinem Ertrage zu sehr beschnitten wird, dann taucht sofort eine in allen Einzelheiten fertiggestellte Ersatzsteuer auf, die einem Abgeordneten in die Hand gedrückt wird, der sie dann als seinen Antrag oder den seiner Partei einbringt. Für die Regierung hat dieser Weg gewisse Annehmlichkeiten; erstens gilt sie nach außen hin nicht als die Urheberin dieser Ersatzsteuer und zweitens braucht ein solcher Entwurf nicht die erste Lesung im Plenum des Reichstages zu passieren. Zudem kommt noch, daß die von einer solchen Ersatzsteuer betroffenen Interessenten kaum die Zeit haben, ihre Bedenken wirksam geltend machen zu können. Auf diese Weise sind die Steuerzahler seinerzeit auch zu der Streichholzsteuer gekommen, die in 48 Stunden fix und fertig war. Die Luxussteuer konnte nicht in der gleichen Weise durchgepeitscht werden. Gegen diese Steuer sind eine Menge sehr berechtigter Einwände erhoben worden, z. B. die enormen Schädigungen der Goldwarenindustrie, des Kunstgewerbes usw., sodaß, wie die „Tägl. Rundschau" mitteilt, damit gerechnet werden kann, daß das Reichsschatzamt auf die Weiterberatung dieser Steuer keinen Wert mehr legen dürfte. — Nach dem Kriege wird allerdings auch diese Steuer auf der Bildfläche erscheinen.

Neuorientierung in Sachsen.

Mitglieder der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion hatten am Freitag eine Besprechung mit dem Staatsminister Grafen Vitztum, um ihm ihre Bedenken über die Kürzung der Brotration vorzutragen. Bei dieser Gelegenheit kamen die sozialdemokratischen Vertreter auch auf die politischen Forderungen der Zeit zu sprechen und wiesen darauf hin, daß auch in Sachsen das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht an die Stelle des Klassenwahlrechts treten müsse. Der Minister erklärte, daß er eine bindende Antwort noch nicht geben könne, weil zu dieser Frage erst das Gesamtministerium Stellung nehmen müsse. Am Sonnabend hielt das Gesamtministerium dann eine Sitzung ab. Ob die Frage der Wahlrechtsänderung dort besprochen wurde, ist nicht bekannt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 17. April.

Schulbeginn. Mit dem gestrigen Tage haben die Osterferien unserer Schuljugend ihr Ende gefunden. Heute beginnt der Unterricht wieder. Dieser Tag ist für die kleinen Schulrekruten ein sehr wichtiger. Sie treten heute zum erstenmal erwartungsvoll den Weg zur Schule an, damit hat aber die Zeit des ungebundenen fröhlichen Spiels ein Ende gefunden. Viele der kleinen Schulrekruten haben diesen Tag herbeigesehnt, viele aber gehen auch mit einer gewissen Angst den ersten Weg zur Schule. Falsche Erziehung hat ihnen diese Angst eingeflößt. Bei jeder Unart ist ihnen von den Eltern (meist wohl nur von der Mutter) mit dem Stock des Lehrers gedroht worden, den sie nun bald fühlen werden. Das ist eine falsche Erziehungsmethode, die sich wieder rächt an denen, die sie angewendet haben. Den Kindern wird unnötige Angst vor der Schule und den Lehrern eingeflößt und ihnen die Freude am Lernen genommen. Andererseits machen sich aber die Kinder recht bald ihre eigenen Gedanken darüber, wenn diese Drohungen nicht eintreffen, wie es die Eltern angekündigt haben. Sind sie auch vorerst noch zu klein und zu jung, um die Tragweite dieser Unwahrheit zu erkennen, das eine erkennen sie aber bald, daß die Schule keine Prügelanstalt, die Lehrer und Lehrerinnen keine Unmenschen sind, die Mutter ihnen also die Wahrheit nicht gesagt hat. — Die kleinen Knirpse kommen sich heute wichtig vor, mit den Schulranzen auf dem Rücken oder unter dem Arm. Viele müssen allerdings den Ranzen entbehren und ihre wenigen Bücher und die Schiefertafel so tragen, denn auch die Schulranzen gehören zu den Artikeln, die während der Kriegszeit ins Ungemessene im Preise gestiegen sind, und da langt Vaters oder Mutters schmaler Geldbeutel oftmals nicht hin, diese Ausgabe zu bestreiten. Jedoch der Ranzen macht es nicht, sondern der Wille zum Lernen.

Die kleinen Schulrekruten haben auch allen Grund, diesen Tag als einen sehr wichtigen in ihrem Leben anzusehen. Heute werden sie noch von der Mutter zur Schule gebracht, damit sie erst den Weg kennen lernen. Mancher schwere Abschied vollzieht sich noch vor der Schule. Doch bald gehen sie allein. Bald ist auch die Schulzeit vorbei, denn die Zeit fliegt schnell. Dann treten die ehemals kleinen Schulrekruten ins Leben hinein. Sie sind auf sich selbst gestellt, die schützende Elternhand kann sie nicht mehr betreuen. Dann kommt es darauf an, was man in der Schule gelernt hat. Deshalb geben wir allen kleinen Schulrekruten den Wunsch mit auf den Weg, daß sie Freude an der Schule empfinden und vorwärts streben mögen, damit sie auch einst Freude am Leben und an der Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit haben werden.

Den Eltern und besonders den Müttern, die jetzt hauptsächlich in Frage kommen, weil die meisten Väter im Felde stehen oder vielleicht gar schon dem Weltkriege zum Opfer gefallen sind, möchten wir aber dringend ans Herz legen, den kleinen Schulrekruten bei dem anfänglich schwierigen Lernen hilfreich zur Seite zu stehen, damit sie mit Lust und Liebe lernen und nicht mit Zittern und Bangen zur Schule gehen. Den Müttern aber, die jetzt auf die Erziehung ihrer Kinder allein angewiesen sind und die in vielen Fällen auch noch arbeiten müssen, um zur Kriegsunterstützung etwas hinzuzuverdienen, wird durch die Schule eine große Last abgenommen, denn Lehrer und Lehrerin werden sich alle erdenkliche Mühe geben, die durch den fehlenden Vater etwas gelockerte Erziehung in die rechten Bahnen zu lenken, mit Liebe und Nachsicht, wenn es notwendig ist, freilich auch mit der notwendigen Strenge.

Unsere Schulrekruten müssen jetzt ihren ersten Gang zur Schule unternehmen. Für die Eltern erwächst damit die Aufgabe, die seelische und körperliche Entwicklung des Kindes mit besonderer Sorgfalt zu beachten; verändert sich doch mit dem Eintritt in die Schule mit einem Schlage das Leben des Kindes. Geistige und körperliche Anstrengungen rufen im Organismus des Kindes leicht Änderungen hervor, die, rechtzeitig erkannt, meist mit Leichtigkeit behoben werden können, die aber, wenn sie vernachlässigt werden, zu schweren Nachteilen für den jungen Erdenbürger werden können. Da heißt es also für die Eltern: aufgepaßt! Eine kleine belehrende Schrift über die Aufgaben der Eltern sei unseren Lesern empfohlen. Sie heißt: „Das Schulkind" von Dr. R. Silberstein. Die Schrift ist für 20 Pf. in unseren Parteibuchhandlungen zu haben.

Verlängerung der Polizeistunde für Wirtschaften. Vom Polizeiamt wird bekannt gemacht: Die Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sowie die Kaffees sind im Gebiet der Stadtgemeinde Lübeck spätestens um 11½ Uhr, im Landgebiete spätestens um 10 Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden. Die für einzelne Betriebe bestehenden weitergehenden Beschränkungen bleiben unberührt. Diese Verordnung trat gestern zuerst in Kraft.

Einschränkung der Gaslieferung. Infolge zeitweiliger Stockung der Kohlenzufuhr muß der Gasverbrauch eingeschränkt werden. Die Verteilung des Gases wird deshalb in den Zeiten von vormittags 7½ Uhr bis vormittags 11 Uhr, nachmittags 2 Uhr bis abends 7 Uhr, abends 11 Uhr bis früh 4½ Uhr mit erheblich vermindertem Druck vorgenommen und erforderlichenfalls ganz eingestellt werden. Das Publikum wird ersucht, in den genannten Zeiten kein Gas zu entnehmen. Ständig brennende Zündflammen sind abzustellen. Die Einschränkung der Gaslieferung wird nur so lange durchgeführt werden, als es die Verhältnisse dringend erheischen und die Gasbehälterstände nicht dauernd zurückgehen. Am besten ist dem Übelstande dadurch zu begegnen, daß die Abnehmer der erlassenen Aufforderung entsprechen und während der Sperrzeiten jede Gasentnahme vermeiden.

Eine neue Trödelordnung. Unter dem 4. d. M. hat der Senat an die Stelle der Verordnung über den Trödelhandel vom 11. Oktober 1873 eine neue Trödelordnung gesetzt, welche u. a. ein neues Muster für das Trödelbuch vorschreibt und den Kreis der von der Trödelordnung betroffenen Handelsbetriebe etwas erweitert hat. Diese Trödelordnung ist im Rahmen der Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung ergangen und enthält die gewerbepolizeiliche Regelung des gesamten Trödlergewerbes. Die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen des Bundesrats, des Reichskanzlers und anderer Reichsstellen, sowie der Militärbefehlshaber, welche den Handel mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren, oder mit altem Metallgerät, Metallbruch, Altmaterial oder dergl. für die Dauer des Krieges verbieten oder einschränken, sind natürlich unberührt geblieben. Es kann insbesondere nicht davon die Rede sein, daß, wie mehrfach angenommen zu sein scheint, der besondere Erlaubniszwang für den gewerbsmäßigen Erwerb von getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren aufgehoben und dieser Handel wieder freigegeben wäre. — Anträge auf Abstempelung der neuen Trödelbücher, oder auf Gestattung der Weiterbenutzung des alten Buches sind bei der Registratur des Polizeiamts (Kanzleigebäude) anzubringen. Die neue Trödelordnung tritt am 15. Mai d. J. in Kraft.

Haftpflichtversicherung für genesende Soldaten, die durch Vermittlung des Arbeitsnachweises für genesende Soldaten Arbeit gefunden haben. Von den Stellen, deren Aufgabe es ist, das Heer mit genügenden Waffen, Munition und Lebensmitteln zu versorgen, wird immer wieder darauf hingewiesen, daß jetzt kein Arm feiern darf, der irgendwie arbeiten kann, und daß auch alle genesenden Soldaten bereits schon während der Zeit, während welcher sie sich noch im Lazarett befinden, in kriegswichtigen Betrieben mitarbeiten müssen, soweit sie dazu imstande sind. Vermittlung solcher Arbeitsstellen erfolgt durch den Arbeitsnachweis für genesende Soldaten, Parade 1, (Schloß Rantzau) Erdgeschoß, Zimmer 1. Um solchen genesenden Soldaten, die in gefahrvollen Betrieben (z. B. Fabriken) tätig sind, oder werden, eine besondere Sicherheit dafür zu bieten, daß sie sich nicht durch irgend einen Fehlgriff ihren Mitarbeitern oder ihrem Arbeitgeber gegenüber schadenersatzpflichtig machen, weil sie diesen durch eine Ungeschicklichkeit körperlichen oder Sachschaden zufügen, hat sich der Lübecker Landesausschuß für Kriegsverletzte bereit gefunden, zugunsten solcher genesenden Soldaten auf seine eigenen Kosten eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Nach dem Inhalt dieses Versicherungsvertrages wird Versicherung gegen die Haftpflicht gewährt, die erwachsen kann a) dem Landesausschuß und seinen Mitarbeitern in Ausübung ihrer Beratungs- und Vermittlungstätigkeit, b) den Arbeitgebern und den von ihnen zur Anleitung und Beschäftigung bestimmten Vertretern durch die Beschäftigung der vom Landesausschuß oder seinen Vertretern überwiesenen Kriegsverletzten, soweit die Arbeitgeber und ihre Vertreter nicht durch eine eigene Haftpflichtversicherung gegen Ansprüche gedeckt sind, c) den Kriegsverletzten persönlich bei der vom Landesausschuß gewährten oder vermittelten Beschäftigung. Ohne Einfluß auf die Deckungspflicht der Versicherungsgesellschaft ist, ob der Kriegsverletzte noch im Heeresdienst steht oder bereits entlassen ist. Welche genesenden Soldaten in die Haftpflichtversicherung einbezogen werden sollen, entscheidet der Landesausschuß selbst nach eingehender Prüfung in jedem Einzelfall. Auch den Arbeitgebern ist durch die Haftpflichtversicherung ein Schutz geboten, der sie hoffentlich veranlassen wird, auch fernerhin genesende Soldaten in ihre Betriebe aufzunehmen und ihnen Gelegenheit zu praktischer Betätigung zu geben.

Schützengrabenleben im russischen Winter. Vom Genossen Max St. erhalten wir diesen vom 3. März datierten Feldpostbrief:

... Nach einem Tag Ruhe gings wieder in den ewigen Schützengraben. Eine grimmige Kälte herrschte im Unterstande des ersten Zuges, als wir einzogen. Die zwei Oefen waren in nicht ganz gebrauchsfähigem Zustande. Die abgelöste Eskadron hatte in dieser Hölle gehaust, der Rauch hatte manches Auge ausgebeizt und unfreiwillige Tränen entlockt, aber wußte doch ein jeder, daß sie an einem bestimmten Tage abgelöst würden. Und so wurden die Entbehrungen leichter getragen. Das beste war, daß 24 Mann die Kommune bewohnten. Unsere soeben empfangenen Tornister konnten kaum untergebracht werden. Alles vor den Pritschen hing voll von Ausrüstungsstücken. An der Wand über dem schmalen Tische hingen Kochgeschirre und allerlei Dinge, die der Soldat im Felde notwendig braucht. Die Pritschen selbst etagenförmig, waren niedrig und die Leute zusammengedrängt. Die Oefen räucherten entsetzlich, weil das Holz zu feucht war. Im Unterstande selbst war nur ein schmaler Gang zwischen den Tischen an der Wand und den Pritschen. Der Gang glich einem D-Zug-Wagen-Korridor, nur daß hier alles weit primitiver und einfacher war. Das komfortabelste und modernste von der Einrichtung waren die elektrischen Lichtbirnen. Allmählig kam Ordnung in alles, die Oefen wurden in Stand gesetzt, die Ritzen verstopft, Holz herbeigeschleppt, gesägt, gespalten und geheizt, daß die Bude qualmte und der Ofen glühte. Ein oder mehrere Heizer saßen ständig auf den beiderseitigen Pritschengestellen und schoben ein Stück nach dem andern in den Ofen hinein, dabei starrten sie fest auf die Glut. Nebenan, an den Seiten und obenauf war ein richtiger Stiefel- bezw. Schuhladen aufgestapelt. Viel Hitze ging durch das fortwährende Oeffnen der beiden Ausgänge verloren, weil die Postenablösungen viel aus- und eingingen.

Den russischen Winter mit seinen üblen Begleiterscheinungen lernte ich in diesen Tagen als Feldsoldat vollständig kennen. Die Kälte war eine so grimmige und stechende, daß jeder von uns glaubte, es nicht aushalten zu können. Das Thermometer sank bis 38 Grad unter Null in der Nacht. In raschen Schritten gingen wir den Grabendamm hinunter, über lange hölzerne schmale Brückenstege mit Geländer, über die im Sommer sumpfigen toten Flußarme. Mehrere Male ging es durch breite Drahtverhaue, wieder über einen langen Brückensteg, einen niedrigen Hügelrücken übersteigend, nach dem Horchpostenloche zu. Die Stunden wurden zur Ewigkeit in dieser lautlosen, stillen, grimmigkalten russischen Winternacht. Eine so stille, ruhige Nacht habe ich im Leben zur Winterszeit noch nicht beobachtet wie hier. Gleich Gespenstern kamen die Patrouillen in ihren Schneemänteln an, nur die Tritte waren vernehmbar. Mein junger Kamerad — ein Elsäßer — hat in dieser kältesten aller Nächte wie wahnsinnig getrampelt und Laufschritt gemacht, um die Füße nicht zu erfrieren. Trotzdem ich Filzschuhe im Stiefel hatte, die außerordentlich warm hielten, fror mich die letzte halbe Stunde dennoch etwas, obwohl wir noch schwere Filzschuhe anhatten über den langen Reitstiefeln und schwere Schafspelze über den Mänteln.

In raschen Schritten ging es zurück, die Augenlider froren zusammen von der stechenden Kälte, immer schneller, um den schützenden Unterstand zu erreichen. Hier kamen von allen Seiten die Posten mit halberfrorenen Gliedern zusammen. Karabiner mit aufgepflanzten Seitengewehren waren von einer Eiskruste überzogen, sogar der Schaft noch. In schneller Hast ging es an den Ofen, die Stiefel flogen von den Füßen und in die Ofenecke. Der vom aufgezogenen Posten warmgestellte Kaffee wurde gierig getrunken, um den Leib von inwendig zu erwärmen. Mit den aufgetauten Gliedern wurde sich flugs auf die Pritsche hingehauen, die beiden Schlafdecken mitsamt Mantel über die Ohren gezogen,

Nie erlahmen darf die Arbeiterschaft

in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jeder muß eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jedem Anlaß

für den Lübecker Volksboten zu agitieren!

im alsbald in einen erquickenden Schlaf zu verfallen. Die Sonne blickte schon etwas hinter den fernliegenden Bergen hervor, als die müden Schläfer hoch kamen, sich die Augen rieben und sich aus dem Wirrwarr von Decken herausschälten. Ein ergötzlicher Anblick für die schon Aufgestandenen! Ein Dutzend Leute stand an den langen Tischen und schlürfte den heißen Kaffee, schoben ein Stück Karo nach dem andern in den Mund, trocken oder bestrichen, blieb sich einerlei. Einige Leute schliefen ruhig weiter, bis es Zeit zum Aufstehen und Arbeitsdienst um 8 Uhr war. Denn nicht blos nachts Wache stehen in der mörderischen Kälte gab es, sondern auch den nötigen Arbeitsdienst dazu. Sobald das Morgenfrühstück verzehrt war, wurde etwas Toilette gemacht. Aber o weh! Nirgends Wasser, alles bis auf den Grund ausgefroren, nur in einem kleinen Loch vor uns, ein Wasserloch mit etwas faulem Wasser, konnte mit dem Kochgeschirrdeckel einiges herausgelöffelt werden. Die neugebauten Pumpen waren auch zugefroren. Tagelang konnten sich viele nicht waschen, kaum das Kochgeschirr reinigen. Und die Ungezieferplage, Wanzen, Läuse und Flöhe! Einige Tage habe ich dies Unterstandsleben mitgemacht, bis ich auf ein Kommando kam, wo ich dies hier niederschreibe. Viel ist in diesem Krieg über das Leben im Schützengraben geschrieben worden, härter ging es an anderen Fronten zu, aber schlimmer war für uns die grimmige Kälte im ewigen russischen Winter. Noch ist hier vom Frühling nichts zu spüren. Der Schnee fällt öfters, obwohl wir schon ungeheure Massen davon haben.

Besten Gruß Max St.

Vermißten-Nachforschung. Die Angehörigen von Vermißten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Kriegsschreibstube und Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz Breitestraße 27 diesbezügliche Nachforschungen anstellt. Das Ergebnis dieser Nachforschungen ist um so günstiger, je eher der Vermißte angemeldet wird. Das Bureau ist geöffnet von vormittags 11 Uhr bis 1 Uhr und nachmittags von 5 Uhr bis 7 Uhr.

wb. **Hansa-Theater.** Das neue Spezialitäten-Programm, das gestern abend erstmalig in Szene ging, ist erstklassig zu nennen. Den Reigen eröffnen die beiden sächsischen Soubretten Anni Loeffler und Bella Franke, zwei originelle „Leipziger Nudeln" mit einem zwerchfellerschütternden Duett. Hans v. Schendel produziert sich als humoristischer Zauberkünstler. Er arbeitet mit einer geradezu verblüffenden Gewandtheit. Der Humorist Rudi Saifen ist ein Vortragskünstler ersten Ranges. Seine Parodie auf den Gassenhauer „Wenn die Liebe nicht wär'" und sein improvisierter Sänger vom Stadttheater in Kyritz a. d. Knetter fand vielen Beifall. Ernst Alberts „Rheinzauber" wurde auch gestern wieder freundlich aufgenommen. Sehr originell war der Mundharmonika-Virtuose Kuno Konradn. Die Soubrette Loli Wanda Beek gewann durch ihr munteres Auftreten die Herzen des Publikums im Sturme. Den Schluß bildet Golly Kompani mit ihrer Neuheit „Der Strolch im Park". Eine komische Exzentricszene, die erstaunliche Gewandtheit erfordert, verbunden mit einer lebenden Venus-Antike, die nach ihrer Bekleidung die Fähigkeit zum Tanz erlangt. Die Leistungen ihres Partners sind geradezu frappant grotesk. Das Publikum unterhielt sich aufs beste.

Volkstümliches Konzert. Das vorletzte der diesmwinterlichen Konzerte bringt noch einige Neuheiten. Von Georg Göhler wird hier zum ersten Male die fünfsätzige Suite „Fest auf dem Lande" gespielt, von Brahms die von Julius Kopsch, dem früheren Kapellmeister an unserm Stadttheater, instrumentierte G-moll Rhapsodie. Brahms nimmt auch im übrigen den zweiten Teil des Abends mit Teilen aus seiner D-dur Serenade, der akademischen Festouvertüre und zwei ungarischen Tänzen ein. Solist des Abends ist unser ausgezeichneter Solobratschist Herr Leidner, der Ritters Konzertphantasie spielt (in der Instrumentierung von Hermann Ley.

pb. **Ein Schwindler.** Am 16. ds. Mts. vormittags erschien in einem hiesigen Geschäft ein junger Mann, der sich als Beauftragter des Elektrizitätswerks vorstellte, um den Zähler zu prüfen. Er stellte den Zähler ab, mit der Angabe, daß er zu viel anzeige und der Mieter zuviel bezahlt habe. Nachdem er auf der letzten Rechnung der Betriebsbehörde, die er forderte, einen Vermerk über Abstellung des Zählers gemacht hatte, ließ er sich einen Geldbetrag, den er selbst berechnete, auszahlen. Der Täter ist ein junger bartloser Mensch von etwa 18 Jahren. Er trug zwei Bücher unter dem Arm, wie sie die Revisoren der Betriebsbehörde tragen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist gestern nachmittag gegen 2¼ Uhr ein vor einem Hause in der Wahmstraße hingestellt gewesenes Fahrrad. Dasselbe hat schwarz-lackierten Rahmen und ebensolche Felgen, verziert mit roten Streifen.

Kiel. Riesige Heringsfänge. Die Fischer an der Kieler Förde haben Freitag nacht riesige Mengen Heringe gefangen. Etwa zehn Boote lieferten am Sonnabend morgen ihre Erträge am Hansaplatz ab. Dazu brachten noch die Hafendampfer „Budde" und „Düsternbrook" gewaltige Mengen Heringe an. Die Dampfer waren mit vollen Kisten schwer beladen. Am Hansaplatz herrschte ein reges Leben beim Abladen der Fische; der jetzt eingezäunte Platz reichte gar nicht aus, alle die Kisten hinzustellen. Hoffentlich bekommt auch das konsumierende Publikum etwas von den frischen Fischen zu sehen, anstatt daß sie in den Marinanstalten und Räuchereien verschwinden.

Syke. Schweres Eisenbahnunglück. Auf der Strecke von Syke nach Bremen, zwischen Syke und Barrien, sind Sonnabend zwei Güterzüge aufeinander gefahren. Der Materialschaden ist bedeutend, denn verschiedene Wagen sind zertrümmert. Der Zugführer wurde schwer verletzt und ist nach dem Bremerstädtischen Krankenhause transportiert worden; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß der eine Zug unvermuteterweise auf der Strecke halten mußte und der andere in ihn hineinfuhr.

Theater und Musik.

Das letzte diesmwinterliche **Sinfonie-Konzert** des Vereins der Musikfreunde, das gestern abend in der Stadthalle stattfand, war dem Andenken von Johannes Brahms gewidmet und brachte nur Kompositionen dieses Meisters. Zunächst die Serenade in D-dur, ein interessantes Werk, das an Mozart erinnert, aber durchaus selbständig gehalten ist. Von besonderer Schönheit ist das Adagio, das hervorragend wiedergegeben wurde. Wuchtig und schwer, von Leidenschaft und Kampfesstimmung getragen, ist die erste Sinfonie in C-moll, die den Schluß des Konzerts bildete. Mit bewundernswerter Meisterschaft brachte Dr. Göhler beide Werke zum Vortrag, bestens unterstützt vom Orchester. Frau Lauprecht van Lammen errang sich mit dem geschmackvollen Vortrag einer Anzahl Lieder von Brahms ebenfalls reichen Beifall. Feine Gesangskultur und beseelter Ausdruck sind ihr besonders nachzurühmen. Sie mußte sich zur Wiederholung des Wiegenliedes, das wohl das Schönste war, was sie bot, verstehen. Als ausgezeichneter Begleiter am Flügel betätigte sich Dr. Göhler.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitseinstellungen aus Anlaß der verkürzten Brotrationen.

Wolffs Bureau meldet aus Berlin, 16. April: In einem Teil der Metall- und Holzbetriebe Groß-Berlins ist heute die Arbeit eingestellt worden. (Etwa 125000 Arbeiter sollen hieran beteiligt sein. Red. d. L. V.) In anderen Betrieben dieser Art, insbesondere in den großen Munitionsfabriken, wird ohne Stockung vollzählig weitergearbeitet. Der geschäftliche Verkehr Groß-Berlins wird durch diese vereinzelten Arbeitseinstellungen in keiner Weise berührt. Auch die Hochbahn und die Straßenbahn verkehren fahrplanmäßig, so daß das Berliner Straßenbild keinerlei Aenderung aufweist.

Die Berliner Abendblätter melden: Heute vormittag fanden mehrfach Arbeiterversammlungen statt, in denen die Lebensmittelfrage und die Politik besprochen wurde. Unter den Teilnehmern waren überall die Frauen sehr zahlreich. Nach Schluß der Versammlung bildeten sich Züge, hauptsächlich aus jungen Burschen und Mädchen, die sich nach der inneren Stadt bewegten. U. a. zog der Zug am Schloß vorbei und durch die Straße Unter den Linden. Auf dem Schloßplatz wurde die mittags aufziehende Wache mit Hurrarufen begrüßt. Die Demonstranten zeigten überall sehr ruhige Haltung, so daß die Polizei nicht einzuschreiten brauchte. Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft lehnte die Beteiligung überhaupt ab, da sie sich überzeugt hatte, daß dafür gesorgt ist, daß an Stelle der ausfallenden Brotmenge eine verstärkte Fleisch- und Kartoffellieferung erfolgt.

Zum Schluß sei noch folgende Meldung wiedergegeben: Die Vertreter der Berliner Gewerkschaften, insbesondere auch des Metallarbeiterverbandes, hatten heute nachmittag mit dem Oberbürgermeister Wermuth und in Gegenwart des Staatskommissars für das Ernährungswesen, Dr. Michaelis, eine längere Besprechung. Dabei wurden die Zusagen, welche die Regierung hinsichtlich der Verpflegung in den kommenden Wochen zu geben in der Lage ist, noch einmal durchgegangen.

Wir bemerken, daß es sich bei vorstehenden Meldungen um bürgerliche Zeitungsnachrichten handelt. Sobald ein Bericht von kompetenter Stelle vorliegt, kommen wir darauf zurück.

Neueste Nachrichten.

Genf, 16. April. Der dänische Sozialist **Borgbjerg** ist an der russisch-schwedischen Grenze in Tornea **verhaftet** worden, als er nach Rußland wollte. Wie der „Temps" erläuternd erklärt, galt Borgbjerg als deutschfreundlich.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Bekanntmachung.

Einschränkung der Gaslieferung.

Infolge zeitweiliger Stockung der Kohlenzufuhr muß der Gasverbrauch eingeschränkt werden. Die Verteilung des Gases wird deshalb in den Zeiten von

vormittags 7½ Uhr bis vormittags 11 Uhr
nachmittags 2 „ „ abends 7 „
abends 11 „ „ früh 4½ „

mit erheblich vermindertem Druck vorgenommen und erforderlichenfalls ganz eingestellt werden. **Das Publikum wird ersucht, in den genannten Zeiten kein Gas zu entnehmen.**

Um Gasentweichungen, das Verlöschen von Zündflammen und die Ansammlung von Luft in den Gasleitungen zu verhindern, werden die Gasabnehmer dringend ersucht, die Absperrhähne an Brennern, Kochern und sonstigen Verbrauchsapparaten während deren Nichtbenutzung sorgfältig geschlossen zu halten. Ständig brennende Zündflammen sind abzustellen.

Lübeck, den 16. April 1917.

335 **Die Betriebsbehörde.**

Bekanntmachung.

Pflanz-Frühkartoffeln

Die anteilmäßige Verteilung der bei der **Kriegshilfe, Abt. Gemüsebau,** und der bei der **Landwirtschaftskammer** angeforderten Frühkartoffeln beginnt am Mittwoch, dem 18. April.

Die Ausgabe der Bezugscheine, die nur **gegen Vorlage des Pachtvertrages oder sonstiger Pachtbelege** abgegeben werden erfolgt in der Stadtkämmerei, Mühlendamm 7, von 9—1 und 3—6 Uhr gegen Bezahlung von 15 ₰ für das Pfund.

Die Ausgabe der Kartoffeln erfolgt im Wollmagazin von 8—12 und 2—6 Uhr:

18. bis 21. April für die Buchstaben A, B, C, V, W, Z.
23. „ 25. „ „ „ „ D, E, F, S, T, U.
26. „ 28. „ „ „ „ G, H, J, P, Q, R.
30. April b. 2. Mai „ „ „ „ K, L, M, N, O.

Die **Versorgung des Landgebietes,** einschließlich der eingemeindeten Teile — Travemünde, Schlutup, Kronsforde, Kücknitz und Israelsdorf — erfolgt an **einem noch näher zu bestimmenden Termin** durch die **Landwirtschaftskammer.**

Der Ausschuß für Kriegshilfe.
334) Abt. Gemüsebau.

U-Boot-Spende.

4. Gabenverzeichnis.

[illegible] 5, C. G. 30, Dr. S. 10, [illegible] 20, K. G. 25, N. 5, Prof. Dr. E. 30, Frau B. 10, Kegelklub Neunmoder 50, Gebr. Schl. 10, Frau M. [illegible] 5, Frl. Sch. 5, G. 5, O. B. 10, [illegible] 10, [illegible] 5, [illegible] 5, [illegible] 10, [illegible] 100, Oberl. C. R. 5, [illegible] 25, [illegible] 5, [illegible] 10, [illegible] Eisen- und Kohlengroßh. 100, Frau C. B. 10, Handelsges. 250, Frau Sen. B. 20, Sen. B. 30, O. W. 10, Gross. Ges. 121,10, Konf. W. G. 50, Lanz. B. 10, Th. S. 10, Landger. Dr. G. 25, [illegible] 10, [illegible] 5, [illegible] 10, Dr. von Th. 20, [illegible] 50, [illegible] Sch. 300, Frl. R. [illegible] 5, Frau Dr. D. 5, [illegible] 10, [illegible] 30, G. H. 10, [illegible] 120, [illegible] 10, [illegible] 25, Baudr. R. 30, Dr. H. 100, Spar- und Anleihekasse 50, [illegible] 90, [illegible] 10, Lüb. Privatb. 100, H. 5, Frau [illegible] 3, Tafelrunde 10,65, Frau v. B. 20, Volksschullehrerinnen-Verein 20, Dr. E. 20, Frau H. Sch.-W. 100, C. W. 20, Konf. [illegible] 200, Frau Prof. Dr. L. 40, Frl. L. 5, Frl. W. 10, Obermedizinalrat [illegible] 10, Schüler [illegible] 1,35, [illegible] Sch. & Co. 100, [illegible] Dampfsch. 100, Frl. L. 50, C. Sch. 50, Lüb. Konservatorium der Musik 490, [illegible] 10, Sen. W. 1000, Mittwoch-[illegible] 65, Landwirtschaftl. Verein 100, [illegible] Darlehnskasse 10, Th. L. 5, [illegible] 50, [illegible] 10, [illegible] 10, Handelskammer 100, Frau Dir. B. 10, [illegible] 100, Frau [illegible] 20, Frl. [illegible] 3, [illegible] 4, Frl. [illegible] 5, Frl. [illegible] 4, Frau [illegible] 15.

Zusammen Mk. 6107,50
1., 2. und 3. Gabenverzeichnis „ 8833,50
Insgesamt Mk. 14 941.—

Für Heydekrug,

den ostpreußischen Kreis und Marktflecken für den in Lübeck die Patenstelle zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung nach dem verhängnisvollen Russeneinfall übernommen ist gingen nach dem dritten Gabenverzeichnis (veröffentlicht in den amtlichen Lübeckischen Anzeigen vom 15. April) an Beträgen weiter ein:

Zusammen Verzeichnis III Mk. 17 666,50
Lt. Verzeichnis I und II „ 43 864,50
Zusammen bis 14. 4. 17 Mk. 61 531.—

Allen freundlichen Gebern Dank!

Von Heydekrug ist die wiederholte Bitte nach hier gerichtet, die Kosten für die zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung dringend erforderlichen kleinen Hafenanlagen und einer Arbeiterwohnkolonie, deren Beschaffung bei der Verarmung der Gegend dort ausgeschlossen ist, aufzubringen.

Nahe am Ziel — erforderlich sind rund 100 000 Mark — richten wir noch einmal an den oft bewährten Gemeinnützigkeitssinn der Bewohner Lübecks die Bitte, das Werk vollenden zu helfen.

Weitere Beiträge nehmen alle Banken und die unterzeichneten Ausschußmitglieder entgegen.

Hauptsammelkonto: Commerz-Bank, Lübeck.

Lübeck, den 14. April 1917.

Der Lübecker Hilfsausschuß für Heydekrug (Ostpreußen).

J. Bade, Schlutup. Johs. Boye. Ch. Coleman. W. Dahms. Kräte C. Dimpker. Herm. Eschenburg. Dr. Th. Eschenburg. Hauptpastor Johs. Evers. Rechtsanwalt Dr. Görtz, Vorsitzender. Konsul W. Heinemeier. Jul. Heise. O. Hinz. Prof. J. Hoch. Franz Horn. R. Janus. J. C. Lauenstein. Paul Lohrmann. Carl Lüth. Generaldirektor Dr. Neumark. Dr. Paepper-Travemünde. Th. Piersterff. Senator Possehl. John Rehder. S. [illegible]burger. Friedr. Stave. Johs. Stelling. E. Stolz. Konsul E. Testorpf. Heinr. Thiel. O. Waeide. (339

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter

werden sofort eingestellt vom 332

Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe zu Lübeck, Fischstraße 7, part.

Dem grausigen Weltkriege zum Opfer fiel unser lieber Mitarbeiter, der Wehrmann

Georg Pagel.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeiterschaft d. Firma H. F. Schröder, Zweiggeschäft Otto Lange, Kiel (337

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.

Die Beerdigung unseres Mitgliedes H. Niemann findet nicht am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr, sondern um 2 Uhr statt.

336) **Der Vorstand.**

Das Grundübel.

Separatabdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.

Von A. Gerisch.

— **Preis 15 Pfg.** —

Zu haben:

Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Verein der Musikfreunde.

29. volkstüml. Konzert

Mittwoch, den 18. April
abends 8 Uhr, in der Stadthalle.
Leitung: **Dr. Georg Göhler.**
Solist: Herr **Leidner** (Bratsche).

331

Mendelssohn, Ruy Blas-Ouverture. Ritter, Phantasie f. Bratsche. G. Göhler, Suite „Fest auf dem Lande". Joh. Brahms, Menuett u. Rondo a. op. 11., Rhapsodie (f. Orch. v. Dr. Kopsch), Akad. Fest-Ouvert., 2 Ungar. Tänze.

Der Friede und die Internationale

Von Hugo Poetzsch.

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Visitenkarten
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Stadttheater. 330

Dienstag, den 17. April 1917:
Anfang 7½ Uhr:
Gastspiel von **Hilde Knoth** vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg

Die Troerinnen d. Euripides

In deutscher Bearbeitung von Franz Werfel.
Andromache: Hilde Knoth.

Mittwoch, den 18. April 1917
Anfang 7½ Uhr:
Abschiedsvorstellung für Fr. **Liese Vogel-Mack**
Zum letzten Male:

Die Csárdásfürstin

Donnerstag, den 19. April 1917
Anfang **7** Uhr.
Abschiedsvorstellung für Frl. **Gertrud Meisner:**

Aïda.

Oper von G. Verdi.

Der neueste Kriegs-Atlas

mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges ist eingetroffen. :: Preis 1.— Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Nr. 89
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 17. April 1917

Bauernaufruhr und Agrarreform in Rußland.

Die entscheidenden Ereignisse der russischen Revolution haben sich bisher fast ausschließlich in den Städten abgespielt. Nun ist aber auch die Bauernschaft in Aktion getreten. Russische Blätter, auch solche, denen es gewiß fern liegt, die Schwierigkeiten der neuen Regierung durch alarmierende Meldungen aus der Provinz zu vermehren, berichten übereinstimmend über ausgedehnten Bauernaufruhr im Süden und Norden des Reiches, der immer wildere Formen annimmt. Im nördlichen Rußland, wo der Landmann in erster Linie von Waldwirtschaft lebt und daneben von holzverarbeitender Hausindustrie, richten die Bauern ihre Angriffe gegen die staatlichen und gutsherrlichen Waldungen und Förstereien. Die Waldheger und ihr Personal werden vertrieben und die Wälder eigenmächtig abgeholzt, um Holz für ihre gewerbliche Tätigkeit und neuen Boden für den Ackerbau zu gewinnen, der sich hier noch in der primitiven Form der Feldwaldwirtschaft (Brennwirtschaft) vollzieht. Aber auch im mittleren und südlichen Rußland erhebt der Bauernaufruhr trotzig sein Haupt. Sowohl über die dicht besiedelte Zone der fruchtbaren Schwarzerde als auch über das noch recht menschenleere Steppengebiet fegt die Agrarrevolution wie ein Zyklon hinweg und bricht sich Bahn. Die Herrenhäuser auf den Gütern werden demoliert, die Gutshäuser und Oekonomiegebäude niedergebrannt und der Großgrundbesitz für das Eigentum der Landgemeinden erklärt.

Kein Zweifel, mit dem Aufstand der Bauern bildet die Revolution ihren sozialen, auf die Umgestaltung der bestehenden Grundeigentumsverhältnisse gerichteten Charakter schärfer heraus. Der Bauernaufruhr machte die Revolution aber erst zu einer Massenerscheinung. Denn in keinem Lande der Welt ist die ländliche Bevölkerung so zahlreich wie in Rußland. Unter 100 Russen findet man reichlich 80 Bauern. Aber auch von der städtischen Bevölkerung hat ein Teil das Band mit dem Lande noch nicht zerrissen. Zu diesen gehören zunächst die Ackerbürger der Kleinstädte. Man braucht sich nur einige Tage in einer russischen Kleinstadt aufgehalten zu haben, um zu wissen, wie nahe deren Bewohner dem bäuerlichen Leben stehen. Die Fälle sind nicht selten, in denen solche Bürgerschaften große Gemeindefluren nach den Regeln des russischen Gemeindebesitzes bewirtschaften.

Aber auch ein großer Teil der Industriearbeiterschaft wurzelt noch im bäuerlichen Leben. In den besetzten Gebieten ist die Scheidung zwischen Stadt- und Landbevölkerung allerdings schon weiter fortgeschritten. Anders dagegen im eigentlichen Rußland. Einheimische und ausländische Nationalökonomen, die Rußlands industrielles Leben zum Gegenstand eingehender Studien gemacht haben, stimmen darin überein, daß, wenn man von Lodz, Warschau, Petersburg und Moskau absieht, der russische Fabrikarbeiter mehr oder weniger Bauer ist. Was von der russischen Erde jetzt zu uns herübertönt, ist vor allem der Schrei der Bauern nach Land. Der russische Bauer hat sich mit der Existenz des Großgrundbesitzes nie innerlich abfinden können. Zur Zeit der Leibeigenschaft erklärten sie, daß „sie wohl dem Gutsherrn gehören, aber das Land ihnen gehört". Als dann die Bauernbefreiung kam und sie kaum die Hälfte des vorhandenen Bodens erhielten, den sie dazu noch dem Adel teuer bezahlen mußten, fühlten sie sich schmählich beraubt. Der Sozialismus, mit dem der Bauer vertraut wurde, wenn er im Winter gewerbliche Beschäftigung in der Stadt suchte, steigerte seine Ueberzeugung, daß der Großgrundbesitz von Rechts wegen den Bauern gehört, bis zu einer fast religiösen Gewißheit. Kein Wunder daher, daß, als 1905 die bewaffnete Gewalt sich aufzulösen begann, die russischen Bauern entschlossen sich der Aufgabe zuwandten, ihren niemals preisgegebenen Rechtsanspruch auf den Boden der Großgrundbesitzer zur Geltung zu bringen. Auf meiner Reise in Rußland im Frühjahr und Sommer 1910 konnte ich die Spuren davon, wie die russischen Bauern bei der Expropriation der Großgrundbesitzer vorgingen, noch überall deutlich sehen. In Schutt und Asche lagen die Wohnhäuser und Gärten der örtlichen oberen Beamten, bis auf den Grund niedergebrannt waren die Herrenhäuser des Landadels. Ein linksliberaler Gutsbesitzer und Zuckerfabrikant, der die Rechtsauffassung der Bauern von der Verwerflichkeit des Großgrundbesitzes teilte und deshalb die Agrarsozialisten in der Duma mit Geldmitteln unterstützte, führte mich in seiner Troika zu den Stätten der Zerstörung. In diesen Kreisen ließen sich die unversehrt gebliebenen Gutshöfe an den Fingern abzählen. Man handelte in aller Ruhe, in einer Art religiöser Feierlichkeit, „um Gott zu gefallen", dessen Wille es sei, daß „diejenigen, die viel Land haben, denen davon abgeben, die zu wenig haben".

Als die erste Duma zusammentrat, um zur Agrarfrage Stellung zu nehmen, waren die Nächte noch erhellt von dem Schein der Feuersbrünste, die das tote Inventar der Gutshöfe verzehrten. Ueberwältigend war der Sieg der Parteien, die die Forderung der Bauern, daß der Großgrundbesitz an die Dorfgemeinden zu verteilen sei, in ihr Programm aufgenommen hatten. Aber schon nach zweimonatiger Tagung wurde die erste Duma hauptsächlich wegen der Versuche, die Agrarfrage im Sinne der Bauernschaft zu lösen, nach Hause geschickt. Obwohl die zweite Duma unter wesentlich verschlechterten Bedingungen gewählt wurde, wies auch sie eine starke Mehrheit für die Expropriation des großen Grundbesitzes auf. Dafür waren über 300 Abgeordnete, dagegen nur 180. Im einzelnen stellt sich das Stärkeverhältnis der Parteien, die in der zweiten Duma den Großgrundbesitz in das Eigentum der Dorfgemeinden überführen wollten wie folgt.

Trudowiki	103	Sozialrevolutionäre	37
Kadetten	96	Volkssozialisten	16
Sozialdemokraten	69	Kosakenvertreter	17

Was diese Parteien in der Agrarfrage einte, war die Ueberzeugung, daß der Großgrundbesitz in Rußland keine Existenzberechtigung hat, daß er mit dem demokratischen Geist des russischen Volkes schlechterdings unvereinbar sei. Meinungsverschiedenheiten bestanden unter ihnen nur in bezug darauf, ob die Expropriation der Privateigentümer Kirchen und Klöster mit oder ohne Entschädigung vollzogen werden solle. Trudowiki, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre befürworteten die Zwangsenteignung ohne Entschädigung, während die konstitutionell-demokratische Partei (Kadetten) für die Expropriation mit Entschädigung eintraten. Die Tragweite dieser Agrarreform ergibt sich, wenn wir uns die Grundeigentumsverteilung in Rußland näher ansehen. Läßt man Polen, Finnland und den Kaukasus beiseite, so umfaßt das europäische Rußland 426 500 000 Hektar Land. Die Verteilung gestaltete sich 1905 wie folgt:

	Hektar	Prozent der Gesamtfläche
1. Staats- und Apanageland	172 300 000	40,4
2. Großgrundbesitz	99 600 000	23,1
3. Grundeigentum von Kirchen, Klöstern und Städten	9 400 000	2,2
4. Bauernland	145 300 000	34,3

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob sich eine großzügige Agrarreform schon allein durch Ueberweisung des Staats- und Apanage-Landes an die Bauern ausführen ließe. Dem ist jedoch nicht so. Der Staat ist zwar der größte Eigentümer in Rußland, jedoch liegt der staatliche Besitz vorwiegend im Norden, wo der Boden in der Hauptsache sich nur waldwirtschaftlich nutzen läßt. Ueber 100 000 000 Hektar Staatsbesitz sind von Wäldern bedeckt, der Rest ist größtenteils „Unland", so daß der Staatsbesitz nur für die Waldwirtschaft treibenden Dorfgemeinden des Nordens von Bedeutung ist. Will man dem Begehren der Bauern nach mehr Land ausreichend entgegenkommen, so muß man sich an den privaten Großgrundbesitz halten, der zusammen mit dem kaiserlichen Apanage-Land ein Viertel der Gesamtfläche ausmacht und, an die Dorfgemeinden überwiesen, das Bauernland nahezu verdoppeln würde. Die Absicht der ersten und zweiten Duma ging denn auch dahin, die Großgrundbesitzer zugunsten des Bauernstandes zu enteignen. Dem Versuch, diese gewaltige Umwälzung der Grundeigentumsverhältnisse in gesetzlicher Form auszuführen, trat Nikolaus II. durch seinen Staatsstreich von 1907 entgegen, der die Duma zu einer Vertretung der Klasseninteressen der Besitzenden machte. An die Stelle der Agrarreform der Revolution trat die der Reaktion, die den Namen Stolypin trägt. Sie gab den Dorfgemeinden kein neues Land, war aber bestrebt, die wohlhabenderen Bauern auf Kosten der verarmten zu bereichern, um erstere zu einer Stütze des Zarismus zu machen.

Nun ist der Bauernaufruhr von neuem erwacht. Ohne den Zusammentritt der angekündigten Nationalversammlung abzuwarten, ergreifen die Dorfgemeinden von dem großen Grundeigentum Besitz, „wie es das Gewissen fordert". Wenn der Schnee schmilzt, sollen die Gutsländereien im Besitz des Mir (Dorfgemeinde) sein. Die Absetzung des Zaren war für sie das Signal, die Aufteilung der Güter durchzusetzen. Wenn der Zar von der Duma abgesetzt wurde, so geschah ihm recht, weil er sich gegen Gott auflehnte, der will, daß der Boden demgehört, der ihn im Schweiße seines Angesichts bebaut. Schon kündigt die neue Regierung amtlich die Auferstehung der Agrarreform von 1905 an. Wie 1905, so ist auch 1917 aus dem Kriege in Rußland die soziale Revolution geboren worden, die uns, mehr als irgendein anderes Ereignis, dem ersehnten Frieden näher bringen wird, weil der Bauernsoldat, der die große Masse der russischen Armee ausmacht, jetzt keinen anderen Wunsch mehr kennen kann, als möglichst schnell in die Heimat zurückzukehren, um seiner Dorfgemeinde einen gerechten Anteil an dem gewaltsam enteigneten Großgrundbesitz zu sichern.

Die Konservativen und die Wahlreform.

Die „Kreuzzeitung widmet in ihren Betrachtungen über die innere Politik der Woche einen breiten Raum der Stellungnahme der Konservativen zu der Wahlreform in Preußen. Das Blatt stellt fest, daß man vom Reichskanzler einen festen Halt gegen die demokratisierenden Bestrebungen nicht erwarten könne. Aus der geübten Kritik dürfe aber nicht der Schluß gezogen werden, daß sich die konservative Partei bei der Wahlreform vollständig abseits stellen würde, sie sei vielmehr bereit, an einer Verbesserung des preußischen Wahlrechts mitzuwirken. Aber die Vorlage dürfe nicht während des Krieges verabschiedet werden und sie dürfe unter keinen Umständen das gleiche Wahlrecht enthalten. Von den „Gefahren" des gleichen Wahlrechts entrollt die „Kreuzzeitung" folgendes Zerrbild:

„Nach unserer Auffassung würde das gleiche Wahlrecht, also das Reichstagswahlrecht in Preußen, den preußischen Staat vollständig der Demokratisierung ausliefern. Von den 235 Reichstagsabgeordneten aus preußischen Wahlkreisen gehören zurzeit 40 der sozialdemokratischen Fraktion und 10 der Arbeitsgemeinschaft an; auf die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, 443, umgerechnet, würde das eine Sozialdemokratie von 90 Köpfen in Preußen ergeben. Ein solches Abgeordnetenhaus würde freilich dem jetzigen Reichstag etwa homogen sein. Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir die Auslieferung der Kirche und Schule, der gesamten Verwaltung und der Staatsbetriebe, namentlich der Eisenbahnen, an die Einwirkung eines auf der Grundlage breitester Massenagitation gewählten Parlaments als unheilvoll und als den Untergang jeder berechtigten preußischen Eigenart ansehen würden. Was Preußen bisher geleistet hat, rechtfertigt keineswegs den Entschluß, die Grundlagen seiner Verfassung in dieser Weise umzustürzen und in ihr Gegenteil zu verkehren. Dazu kommt ein fast noch wichtigerer Grund. Der Kanzler und die Staatssekretäre führen die vom preußischen Staatsministerium instruierten Bundesratsstimmen. Das weiß die Demokratie sehr wohl und darauf beruhen ganz besonders ihre dauernd gegen Preußen gerichteten Angriffe. Wird das preußische Abgeordneten-

---

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

142. Fortsetzung.

„Ach, da bist du ja!" begann sie, vor Freude kaum Worte findend. „Zürne mir nicht, Rodja, daß ich dir so töricht entgegenkomme, mit Tränen sogar; ich lache ja, ich weine nicht. Denkst du gar, daß ich weinte? Nein, es ist Freude! Ich freue mich, und da ist es eine schlechte Gewohnheit von mir, daß die Tränen geflossen kommen. Das ist schon seit dem Tode deines Vaters mit mir so, daß ich über alles weinen muß. Setz' dich, mein Liebling, du wirst müde sein, ich sehe es. Oh, wie siehst du aber aus?"

„Ich bin gestern im Regen gewesen, Mama," begann Raskolnikow.

„Nein, o nein," rief Pulcheria Alexandrowna, ihn unterbrechend, „doch du hast wohl vermutet, daß ich dich wieder sogleich nach meiner Altweibermanier auszufragen beginnen würde, fürchte nichts. Ich verstehe alles, verstehe alles jetzt. Ich habe mir ein für allemal gesagt, wie wäre es möglich, deine Gedanken zu begreifen oder gar Rechenschaft von dir zu verlangen? Gott mag wissen, was du für Pläne und Gedanken im Kopfe hast, was für Ideen sich darin gebildet haben; laß mich dir nur die Hand drücken, woran denkst du jetzt? Ich — ach Gott — weshalb schwatze ich nur von diesem und jenem. Ich habe auch deinen Aufsatz in jenem Journal gelesen, Rodja, dreimal habe ich ihn gelesen; Dmitry Prokopjitsch hatte ihn mir gebracht. Ich bin recht in Angst gewesen, als ich ihn las; ich Närrin dachte nämlich, ja das wird es wohl sein, womit er sich beschäftigt, das ist die Lösung des Rätsels. Er hat neue Ideen im Kopfe: er beschäftigt sich mit ihnen und ich, ich quäle und beunruhige ihn. Ich las, viel freilich habe ich nichts davon verstanden, aber das eine weiß ich nun, woran ich bin."

„Nun, liebe Mutter?"

Raskolnikow ergriff die Zeitung und überflog seinen Aufsatz. So sehr auch dies alles, was darin stand, im Widerspruch mit seiner Ansicht und Situation war, so empfand er dennoch ein seltsam, sarkastisch befriedigendes Gefühl; jenes, welches der Autor hat, der sich zum erstenmal gedruckt findet und noch dazu erst dreiundzwanzig Jahre zählt. Eine Minute verging. Er las mehrere Zeilen und runzelte dann die Stirn, ein furchtbarer Schmerz faßte sein Inneres. Der gesamte seelische Kampf der letzten Monate fiel ihm wieder ein und mit Ekel und Wut warf er den Aufsatz auf den Tisch.

„So befangen wie ich auch sein mag, Rodja, so kann ich aber doch beurteilen, daß du sehr bald einer der hervorragendsten Leute, wenn nicht der bedeutendste in unsrer gelehrten Welt werden wirst. Und da wagte man von dir zu glauben, du seiest wahnsinnig! Hahaha! Du weißt gar nicht, daß man dies vermutet hat? O, die Armseligen, was wissen sie davon, was Verstand bedeutet? Nun, Dunja hat natürlich nicht daran geglaubt! Dein verstorbener Vater hat zweimal Arbeiten an Zeitschriften gesandt — zuerst Verse, ich habe davon noch ein ganzes Heft voll aufbewahrt und will sie gelegentlich zeigen — und dann eine ganze Erzählung — ich hatte ihn selbst gebeten, daß er sie mich abschreiben ließ — und wie haben wir alle beide darum gebeten, daß man sie annehmen möchte, aber es geschah nicht. Vor acht Tagen noch, Rodja, war ich ganz hoffnungslos angesichts deiner äußeren Erscheinung, deiner Wohnung und deines Lebens! Jetzt aber sehe ich, daß dies eine Torheit von mir war, denn wenn du willst, kannst du sofort alles erlangen, durch deinen Verstand und dein Talent. Jetzt freilich wirst du es noch nicht, sondern liegst wichtigeren Dingen ob." —

„Dunja ist nicht daheim, Mutter?"

„Nein, Rodja. Ich sehe sie sehr häufig nicht hier, sie läßt mich allein. Dmitry Prokopjitsch kommt oft zu mir und spricht dann immer nur von dir. Er liebt und achtet dich, mein Sohn; von deiner Schwester könnte ich nicht behaupten, daß sie unehrerbietig gegen mich wäre. Ich kann mich nicht beklagen; sie hat ihren eigenen Charakter und ich den meinigen; sie hat auch ihre Geheimnisse; ich hege keine vor Euch. Gewiß, ich bin fest überzeugt, daß Dunja sehr verständig ist und sie mich auch liebt, aber ich weiß nicht, wozu das alles noch führen soll. Du hast mich wahrhaft beglückt, Rodja, durch deinen Besuch, sie ist wiederum spazieren gegangen. Kommt sie nun zurück, so werde ich ihr sagen: dein Bruder war hier in deiner Abwesenheit, wo hast du denn wiederum beliebt dir die Zeit zu vertreiben? Du verwöhnst mich auch nicht gerade, [illegible]; wenn dir es möglich ist, so komm' doch zu mir — kommst du [illegible], nun dann muß ich freilich warten. Aber wenn ich nur weiß, daß du mich liebst, so habe ich daran Genüge. Ich werde deine Werke lesen, ich werde von jedermann über dich zu erlauschen suchen oder nein, nein, du selber wirst kommen, um mir zu verkünden! Jetzt bist du erschienen, deine Mutter zu trösten, und ich sage dir" —

Pulcheria Alexandrowna brach plötzlich in einen Tränenstrom aus.

„O, ich bin wieder närrisch, kehre dich nicht daran! Ach Gott, aber weshalb sitze ich hier!" rief sie plötzlich vom Stuhl aufspringend — „ich habe ja Kaffee und denke nicht daran! Was ist doch dies für ein Altweiberegoismus! Sofort will ich dir bringen!" —

„Maminka, laßt, ich gehe sogleich wieder fort; dazu bin ich nicht gekommen. Höre mich doch einmal an."

Pulcheria Alexandrowna trat liebevoll an ihn heran.

„Maminka, was sich auch ereignen möge, was man auch von mir hören sollte, was man auch Euch von mir erzählt — werdet Ihr mich stets so lieben wie jetzt?" fragte er plötzlich aus Seelengrund heraus, ohne an seine Worte zu denken, oder diese zu wägen.

„Rodja, was ist mit dir? Wie kannst du mich so fragen? Wer soll mir über dich etwas erzählen? Ich glaube niemandem, wer auch zu mir kommen sollte, ich werde jeden einfach hinausjagen."

„Ich bin gekommen, um Euch zu versichern, daß ich Euch liebe, daß ich mich freue, weil wir allein sind und sogar Dunja nicht hier ist," fuhr Raskolnikow hastig fort, „ich bin gekommen, um Euch offen zu gestehen, daß Ihr vielleicht unglücklich werdet, aber doch dabei wenigstens wisset, daß Euer Sohn Euch liebt, mehr als sich selbst und daß alles was man über mich gesagt hat, daß ich hartherzig und lieblos gegen Euch wäre, unrecht ist. Nie werde ich aufhören, Euch zu lieben — nun, genug! Mir schien, daß ich dies sagen mußte, um zu beginnen" —

Pulcheria Alexandrowna umarmte schweigend den Sohn, drückte ihn an ihre Brust und weinte still.

„Was ist mit dir, Rodja; ich weiß gar nicht" — fragte sie endlich. „Ich dachte diese ganze Zeit über, wir belästigten dich nur, aber jetzt sehe ich selbst, daß ein großer Schmerz in dir liegt, an dem du krankst. Schon lange ahne ich es, Rodja. Vergieb mir, daß ich mit dir so rede; ich denke ja immer daran, und finde keinen Schlaf mehr. In dieser Nacht hat deine Schwester fortwährend in Phantasien gelegen und nur von dir gesprochen. Ich habe dies wohl gehört, aber nichts verstehen können. Den ganzen Morgen über war sie in einer Stimmung, als müsse sie zur Hinrichtung, als erwarte und empfinde sie etwas im voraus. Rodja, Rodja, wohin willst du? Willst du auch fort von hier?"

„Ja!"

„Ich dachte es mir. Dann kann ich ja aber mit dir gehen, wenn du mich einmal brauchen solltest. Auch Dunja; sie liebt dich, liebt dich so sehr und Sofia Semenowna, sie mag meinetwegen auch mitkommen, wenn nötig. Siehst du, ich will sie gern an Tochterstelle aufnehmen. Dmitry Prokopjitsch kann uns behilflich sein — noch — wohin willst du?"

„Lebt wohl, Maminka."

„Was! Heute schon?" schrie sie auf, als solle sie den Sohn für ewig verlieren.

„Ich kann nicht; es ist Zeit — ich muß" —

„Kann ich nicht mit dir?"

„Nein. Fallt auf Eure Knie und betet für mich zu Gott! Euer Gebet mag vielleicht mit mir gehen."

(Fortsetzung folgt.)

haus so, wie es die Allerhöchste Botschaft zum mindesten hoffen läßt, und wie es im Anschluß daran stürmisch gefordert wird, vollständig auf den Boden des demokratischsten Wahlrechts der Welt gestellt, so geht auch der Halt verloren, den die Reichspolitik durch die Einwirkung Preußens bisher hatte."

Ein anderes und wohl mit das gewichtigste Bedenken verschweigt die „Kreuzzeitung", Herr von Oldenburg-Januschau hat es aber ausgesprochen: „Man darf den Geldbeutel der besitzenden Klassen nicht einem Parlament ausliefern, das auf dem Reichstagswahlrecht beruht."

Kardinal Bettinger und die Sozialdemokratie.

Anläßlich des kürzlich erfolgten Todes des Erzbischofs von München und Freysing, des Kardinals Dr. v. Bettinger, ist in der Presse aller Parteien an die Rolle erinnert worden, die Bettinger seinerzeit in Bayern bei den Wahlkompromissen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gespielt hat. Die Darstellung ist zumeist unrichtig, zum Teil (in der Zentrumspresse) bewußt entstellt. Die „Köln. Volks-Ztg." (Nr. 287 vom 13. April) erkühnt sich, von einer „fortgesetzten, keiner Aufklärung zugänglichen, böswilligen Wiederholung des abgeschmackten Märchens vom Abschluß des Bündnisses zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserdom zu Speyer" und von der „in hundert Lesarten entstellten Erzählung" von der Mitwirkung des vormaligen Dompfarrers Bettinger dabei zu reden. Gegenüber all dem wollen wir versuchen, eine gedrängte Schilderung der Vorgänge aus der im Jahre 1913 erschienenen Broschüre unseres Genossen Landtagsabgeordneten Profit (Ludwigshafen) zu geben, der fast an allen Abmachungen teilgenommen hat.

Nicht nur bei den Landtagswahlen 1899 und 1905, sondern auch bei den verschiedenen Reichstags- und Gemeinderatswahlen fanden sich Zentrum und Sozialdemokratie der Pfalz zum Abwehrkampf gegen die nationalliberale Herrschaft zusammen, unter der sie gemeinsam zu leiden hatten. Das erste Zusammengehen galt der Landtagswahl im Juli 1899. Es handelte sich dabei um das vielumstrittene Bündnis, das vor den Kaisergräbern im Dom zu Speyer abgeschlossen worden sein sollte. Hierüber sagt die Broschüre Seite 10:

„Wenn nun auch gesagt werden muß, daß in der Krypta kein Rütlischwur geleistet wurde, so steht doch das eine fest, daß man sich das gegenseitige Versprechen gab, als Männer auch sein gegebenes Wort männlich zu halten. Die Begegnung im Dom bildete sozusagen den Grundstein für eine nahezu zehnjährige Periode gegenseitiger Wahlunterstützungen in der Pfalz."

Am 23. Oktober 1911 erwähnte Vollmar diesen Vorgang im Abgeordnetenhause u. a. wie folgt: „Ich denke noch der Zeit, wo wir Sozialdemokraten zwischen Altar und Kaisergräbern unsere Verhandlungen gepflogen haben." Am 30. Oktober führte Vollmar gegenüber Ableugnungsversuchen von Zentrumsseite u. a. aus:

„Ich kam zusammen mit dem damaligen Abgeordneten Franz Ehrhardt nach Speyer und wurde von diesem ersucht, am nächsten Tag einer wichtigen Wahlbesprechung mit einem Vertreter des Zentrums beizuwohnen. Und zwar sollte diese im Dom stattfinden, weil dies dort am unauffälligsten für das Zentrum erfolgen könne. Wir traten durch eine Seitenkapelle ein, an deren Eingang ein Domgeistlicher uns empfing. Unter dessen Vortritt gingen Ehrhardt und ich — und noch einer (Domkapitular Dr. Zimmern, intimer Freund Bettingers. Red.) — durch die Reihe der knieenden Beter von der Seite in den Dom und dann wenige Schritte weiter in die Krypta, die der Geistliche persönlich öffnete und, nachdem wir eingetreten, wieder versperrte. . . . Hier wurden nun durchaus keine architektonischen oder sonstige profanen Angelegenheiten besprochen, sondern man unterhielt sich eingehend über das für die Pfalz abzuschließende Wahlkompromiß und die dazu gehörigen Dinge."

Das Bündnis des Jahres 1906, das die Erreichung des direkten Wahlrechts bezweckte, brachte unser Genosse Körner am 22. August 1912 infolge Provokationen von Zentrumsseite im Landtage zur Sprache. Er sagte dabei:

„Die Erinnerung an die kaum sieben Jahre zurückliegende Zeit ist auch bei den Wählermassen nicht so schnell verschwunden. Ich will übrigens das andere auch noch sagen, es ist ja nicht so schlimm, wenn man sich darüber auch furchtbar entrüstet. Nicht den Herrn Erzbischof von München will ich nennen, sondern den damaligen Speyerer Stadtpfarrer Bettinger. (Große Heiterkeit.) Er war auch dabei. (Hört! links.) Herr Bettinger — alle Achtung habe ich vor ihm — hat sich also nicht geniert, und auch nachdem er Erzbischof von München geworden war, hat er bei einer Besichtigung, die die Mitglieder der beiden Kammern gemeinschaftlich in der Pinakothek vornahmen, mir recht herzlich die Hand gedrückt."

Weiter erzählt dann Landtagsabgeordneter Profit seine eigenen Erfahrungen. Für die Wahl mußten Stärkeberechnungen angefertigt werden. Stadtpfarrer Dr. Bettinger besorgte diese für das Zentrum, Profit für die Sozialdemokratie. Dann kamen die beiderseitigen Parteileitungen zusammen. Die Aussprachen geschahen zunächst in München im Landtag; das Wichtigste folgte in der Heimat. Die erste Zusammenkunft, an der je sechs Sozialdemokraten, (darunter Ehrhardt) und sechs Zentrumsleute (darunter Bettinger) teilnahmen, war in Mannheim im Hotel Leinweber. „Eine große spanische Wand verbarg uns den Blicken etwa eintretender Gäste." Nach getaner Arbeit gingen, um kein Aufsehen zu erregen, „die Roten zur Vordertür, die Schwarzen zur Hintertür hinaus."

Ueber die nun beginnende Hauptarbeit teilt Profit u. a. mit (Seite 15): „Einige Tage nach der Mannheimer Sitzung lenkte ich meine Schritte, die Kriegsakten unterm Arm, vom Bahnhof in Speyer nach der Pfeffergasse, um zur festgesetzten Zeit im katholischen Pfarrhaus zu erscheinen. Bald saß ich Herrn Bettinger in seinem Arbeitszimmer zur Seite. Die einzelnen Umwählbezirke der Pfalz wurden gemeinsam durchgesprochen. Die Arbeit wurde rasch gefördert, da der Kriegsplan Bettingers mit dem unseren ziemlich übereinstimmte. Bei diesem Zusammenarbeiten wurde mir klar, daß ich es in meinem Nachbar mit dem Organisator der pfälzischen Zentrumspartei zu tun hatte. Schließlich gesellte sich Dr. Zimmern zu uns, und an einem inzwischen gedeckten Tische nahmen wir Platz, um uns etwas zu stärken und noch einige Zeit plaudernd zu verbringen. Man nannte mir die Namen der Zentrumsleute, alles geistliche Herren, die ich in den nächsten Tagen besuchen sollte. Dr. Zimmern bat, kirchliche Herren auf meinen Wunsch brieflich vorzubereiten und die eventuell „Widerspenstigen" zu zähmen. Solche Widerspenstigen gab es auch in anderen Wahlkreisen. So in Kaiserslautern. So machte Ehrhardt Bettinger gelegentlich darauf aufmerksam, daß in Kaiserslautern zwar die eine der beiden Pfarreien für uns stimmen werde, daß aber die andere abzupringen drohe. Da versprach Bettinger, er werde persönlich nach Kaiserslautern reisen und den Lenkern der widerspenstigen Pfarrei den Standpunkt klarmachen: wir könnten uns auf ihn verlassen."

Nachdem Genosse Profit seine Mission in den Pfarrhäusern beendet hatte (er schildert sie im einzelnen), folgten noch einige Besprechungen zwischen ihm und Bettinger. Der Wahlausgang brachte bekanntlich den erwünschten Erfolg.

Auch bei den Reichstagswahlen von 1907 (den berüchtigten Hottentottenwahlen, wo Zentrum und Sozialdemokratie in Opposition gegen den Bülowblock standen) fanden nach dem ersten Wahlgange in Speyer Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten Ehrhardt und Profit und den Zentrumsleuten Dr. Bettinger, Dr. Jäger und Dr. Zimmern statt, die wieder zu hindernden Abmachungen führten.

Ueber die letzten Begegnungen zwischen Bettinger und Ehrhart sagt die Broschüre (Seite 37): „Die Begegnungen zwischen Bettinger und Ehrhart zum Zwecke von Wahlvereinbarungen in der Pfalz waren sicher zahlreicher, als es nach meinen Darlegungen scheint. Durch diese vielen Zusammenkünfte hatte sich nach und nach aus gegenseitiger Wertschätzung eine Freundschaft entwickelt, dessen Zeuge ich öfters sein durfte."

Die letzte Begegnung war kurz nach den Landtagswahlen 1907. Profit berichtet darüber: „Als Bettinger und Ehrhart sich zum Abschied die Hände reichten, dachte wohl keiner von beiden daran, daß es das letztemal war und daß sie beide so bald aus ihrem Wirkungskreis würden scheiden müssen. Ehrhardt starb im Juli 1908, und einige Wochen später wurde Bettinger auf den erzbischöflichen Stuhl von München-Freising berufen. . . ."

Weitere Verhandlungen fanden ohne Bettinger und Ehrhart statt, bis die Zeit dieser Kompromisse, die ein Stück Parteigeschichte für beide Teile darstellen, vorbei war, um nie wiederzukehren. In ihren Grundsätzen haben sich beide Parteien bei dem gemeinschaftlichen Kampfe um gemeinsame Ziele nie etwas vergeben. Die Erfolge jener Taktik, so sagt Profit, haben Ehrhart Recht gegeben.

Als die Broschüre des Abg. Profit vor einigen Jahren erschien, vermochte die Zentrumspresse an der historischen Darstellung nicht zu rütteln. Sie schwieg, um heute, bei dem Tode Bettingers mit dreister Stirne ihren Lesern vorzutäuschen, daß die Vorgänge im Dom zu Speyer und was damit zusammenhängt, „abgeschmackte Märchen" seien.

Aus der Partei.

Aus der Spaltungspartei. Ueber die in Gotha neugegründete „Unabhängige" Partei werden nach dem „Vorwärts" noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Zentralleitung gehören an: Haase und Ledebour als Vorsitzende; Dittmann und Frau Zietz als Sekretäre; Hofer, Wengels und Laukant als Beisitzer. Unter den sieben Vorstandsmitgliedern befinden sich also vier Reichstags- bezw. preußische Landtagsabgeordnete (Haase, Ledebour, Dittmann, Hofer); diese Feststellung ist interessant, weil die neue Partei angeblich das „Ueberwuchern des Einflusses der Abgeordneten" bekämpft. In den Beirat wurden entsandt: Sepp Oerter-Braunschweig, Dittmann-Hamburg, Henke-Bremen, Dißmann-Frankfurt, Grütz-Remscheid, Banse-Halle, Schnellbacher-Hanau. Die Tagung hat ferner noch besondere „Organisationslinien" beschlossen, in denen über die Stellung der neuen Partei folgendes gesagt wird:

Sie steht in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem, zur Kriegspolitik der Reichsregierung und zu der vom Parteivorstand im Regierungsfahrwasser geführten Politik der nominellen Partei. Zur Unterscheidung von dieser Partei führt die Organisation der Opposition den Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands".

Programm und Organisation der Partei sind nach den im Kriege neu gewonnenen Erkenntnissen auszugestalten, was in vollem Umfange erst möglich ist, wenn die im Heeresdienste stehenden Parteigenossen zurückgekehrt und die Grundlagen einer freien Aussprache wieder hergestellt sind.

Mehr als diese sehr dehnbaren Sätze würde freilich die Frage interessieren, welche Stellung die neugeschaffene Partei zur Frage der Landesverteidigung einnimmt. Bis zur Gothaer Tagung standen sich hier die Ansichten der „Arbeitsgemeinschaft" und der Gruppe „Internationale", aber auch die Ansichten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft schroff gegenüber. Die einen lehnen jede Landesverteidigung prinzipiell ab, die andern bejahen sie prinzipiell, leugnen nur den Charakter des jetzigen Krieges als einen Verteidigungskrieg, die dritten (wie z. B. Ledebour) machen die Landesverteidigung von der militärischen Lage abhängig und wollen sie beginnen, wenn die Russen an der Oder und die Franzosen am Rhein stehen. Ist hierüber in Gotha eine Einigung erzielt worden oder will man zur Landesverteidigung auch erst Stellung nehmen, wenn der Krieg vorbei ist?

Die Grundlinien der Organisation sind wesentlich dem sozialdemokratischen Organisationsstatut nachgebildet. Von Interesse ist u. a., daß der Zentralleitung oder ihren Mitgliedern nicht gestattet ist, in irgendeiner Form Eigentumsrechte an den geschäftlichen Unternehmungen der Partei, insbesondere den Parteizeitungen oder Druckereien zu erwerben. Ferner haben besoldete Mitglieder des Aktionskomitees nur beratende Stimme. Für wichtige Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, werden Urabstimmungen der Mitglieder vorgesehen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind".

Ein genossenschaftliches Riesenunternehmen.

Welche Entwicklungsmöglichkeiten der modernen deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung innewohnen, wird am besten bewiesen durch den Ausbau, den eine Reihe großer Konsumvereine in den letzten Jahren erfahren haben, indem sie sich zu Wirtschaftsorganisationen entwickelten, die das Wirtschaftsleben selbst mancher Großstadt stark beeinflussen.

Unter diesen großen Vereinen steht heute an erster Stelle der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion" in Hamburg, kurz die „Produktion" genannt. Sein soeben erschienener Geschäftsbericht für das 18. Geschäftsjahr zeigt eine fast märchenhafte Weiterentwicklung dieser modernen Genossenschaft. Die „Produktion" wurde 1899 von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gegründet. In der Gründungsversammlung traten ihr etwa 500 Arbeiter als Mitglieder bei. Es bedurfte dann aber einer sechsmonatigen intensiven Tätigkeit, um die Geldmittel für die Eröffnung des Geschäftsbetriebes zusammenzubekommen. Im Juni 1900 wurde die erste Verkaufsstelle in einem räumlich sehr bescheidenen Laden eröffnet. Heute zählt diese Genossenschaft fast 100 000 Mitglieder.

Der Umsatz im eigenen Geschäfte betrug im Geschäftsjahre 1916 46 435 537,31 Mk., gegen 31 301 110,02 Mk. im Vorjahre. Das ist in einem Jahr eine Steigerung um 15 134 427,29 Mk. Mit dieser Umsatzsumme steht die „Produktion" unter den deutschen Konsumvereinen an erster Stelle. Von dem Gesamtumsatz entfallen 28 214 674,51 Mk. auf die 205 Verkaufsstellen und 18 220 852,77 Mk. auf Engrosverkäufe und Wertlöhne der eigenen Fleischerei.

Hierbei ist zu bemerken, daß das Warengeschäft von der Genossenschaft getrennt ist und durch die Handelsgesellschaft „Produktion" betrieben wird.

Wie schon in seinem Namen zum Ausdruck kommt, ist es die Aufgabe des Vereins, auf Grundlage des organisierten Verbrauchs die genossenschaftliche Eigenproduktion durchzuführen. Diese Aufgabe hat er glänzend gelöst. Er betreibt heute eine Fleischerei, Räucherei, Kornmühle, Molkerei, Brennerei, Landwirtschaftsbetrieb, Bäckerei, Schlosserei, Autobetrieb und viele Nebenbetriebe in der Lebensmittelbranche.

Unter den Produktionsbetrieben steht an erster Stelle die Fleischerei. Nach dem Geschäftsbericht erzielte sie im letzten Jahr einen Umsatz von 25 747 935,74 Mk. Dabei ist zu beachten, daß der Wert der für die Heeresverwaltung hergestellten Fleischkonserven im Umsatz nicht enthalten ist, sondern nur der dafür gezahlte Wertlohn. Der Wert dieser Fleischkonserven stellt aber ganz ungeheure Summen dar.

Einen Begriff von der Größe der Schlächterei bekommt man, wenn man erfährt, daß darin gegenwärtig mehr als 2000 Arbeiter beschäftigt werden. Sie deckt ungefähr ein Fünftel des Fleischbedarfs der Bevölkerung in Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend. Dazu kommen noch die großen Lieferungen an die Heeresverwaltung.

Von Fachleuten wird dieser Betrieb als die größte Fleischerei Deutschlands und als der größte Konservenbetrieb Europas bezeichnet.

Bäckerei und Mühle verzeichnen einen Umsatz von reichlich 4½ Millionen Mark, wobei zu beachten ist, daß die Mühle erst am Ende des Jahres in Betrieb genommen wurde. Die mit der Bäckerei verbundene Kakesfabrik mußte wegen Mangel an Rohmaterial stillgelegt werden.

Der Landwirtschaftsbetrieb, verbunden mit Molkerei und Brennerei, hat sich im letzten Jahre gutbewährt. Die „Produktion" ist bekanntlich der erste Konsumverein in Deutschland, der sich der landwirtschaftlichen Erzeugung zuwandte. Sie erwarb vor fünf Jahren das in Mecklenburg an der Bahnstrecke Hamburg-Berlin gelegene, 1600 Morgen große Gut Schwanheide und später noch die in der Nähe gelegene Molkerei.

In der Molkerei wurden im letzten Jahre 1 064 847 Liter Milch verarbeitet. Die Milch wird dort in Flaschen gefüllt, in eigenen Eisenbahn-Kühlwagen nach Hamburg geschafft und in den Verkaufsstellen der „Produktion" zum Verkauf gebracht.

In der Gutswirtschaft ist in den letzten Jahren hauptsächlich die Zucht und Mast von Schweinen betrieben worden. Trotz des Futtermangels betrug die Zahl der Schweine im letzten Jahre durchschnittlich 600. Die Bewirtschaftung dieses Landguts bildet eine wertvolle Ergänzung der Eigenproduktion, indem die Abfälle der Produktivbetriebe Verwendung im landwirtschaftlichen Betriebe, die Erzeugnisse des Landguts dagegen wieder Verwendung im eigenen Geschäfte finden.

Als Bauverein hat sich die „Produktion" ebenfalls bewährt. Sie besitzt heute 34 eigene Wohn- und Geschäftshäuser mit etwa 1000 modern eingerichteten Wohnungen, meistens Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen. Ende 1916 hatten diese Grundstücke einen Buchwert von 7 705 759,59 Mk.

Die Sparkasse des Vereins hat sich ebenfalls gut entwickelt. Ende 1916 wurden 29 400 Spareinleger gezählt mit einem Bestande von 9 574 819,63 Mk.

Der Bestand an Spareinlagen wäre noch höher, wenn nicht zugunsten der Kriegsanleihen erhebliche Abhebungen gemacht worden wären. Die „Produktion" war Zeichnungsstelle, und bei den fünf Kriegsanleihen wurden von 1651 Zeichnern für rund 3 500 000 Mark Kriegsanleihen erworben.

Eine besondere Einrichtung der „Produktion" ist der Notfonds. Bekanntlich wird in der „Produktion" die Rückvergütung an die Mitglieder nicht bar ausgekehrt, sondern den Mitgliedern erst auf den Geschäftsanteil und, wenn dieser erfüllt, auf einen persönlichen Notfonds gutgeschrieben, der mit 4 Prozent jährlich verzinst wird. In Zeiten der Not, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit usw., kann das Mitglied dann von seinem Notfonds zehren. Ende 1916 hatten 39 008 Mitglieder zusammen 1 590 042,28 Mark auf Notfonds stehen, trotzdem in den drei Kriegsjahren in 100 961 Fällen 2 270 497,20 Mk. abgehoben wurden. Die gesamte Rückvergütung für 1916 im Betrage von 1 300 000 Mk. wird nach Abzug der dem Geschäftsanteilkonto zustehenden Beträge dem Notstandskonto wieder zugeschrieben. Der Notfonds hat sich als eine sozial segensreiche Einrichtung erwiesen.

Besondere Beachtung verdient der letzte Abschluß des Vereins und die Art der Verwendung des Reinüberschusses. Infolge günstiger Umstände, besonders der starken Beschäftigung der Konservenfabrik, ist dieser erheblich höher als in den früheren Jahren. Er würde die Auskehrung einer 10prozentigen Rückvergütung gestatten. Verwaltung und Mitglieder aber haben beschlossen, es bei der üblichen fünfprozentigen Rückvergütung zu belassen, die überschüssigen Beträge dagegen im Allgemeininteresse zu verwenden und zu diesem Zweck, wie schon mitgeteilt, eine Millionenstiftung zu machen. Im Interesse eines gesunden Nachwuchses soll 1 Million Mark bereitgestellt werden zur Errichtung eines Kinder-Erholungsheims „Produktion" an der Ostsee (voraussichtlich auf oldenburgischem Gebiete nahe Lübeck). In diesem Ferienheime sollen jährlich 1000 Kinder der Mitglieder der „Produktion" unentgeltlich verpflegt werden. Voraussetzung für die Aufnahme in das Ferienheim wird sein, daß die Eltern treue Mitglieder der „Produktion" sind.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen genossenschaftlichem und kapitalistischem Unternehmen. In einem kapitalistischen Unternehmen würden solche Summen dazu dienen, hohe Kapitaldividenden zu gewähren, also „Millionäre" zu züchten, im genossenschaftlichen Unternehmen, wie die „Produktion", fließen diese Gewinne der Allgemeinheit zu, indem die Mitglieder auf ihren Warenbezug 1 300 000 Mk. an Rückvergütung erhalten, die überschüssigen Beträge aber für ideale Zwecke verwandt werden.

Diese streng genossenschaftlichen Grundsätze sichern der „Produktion" auch einen weiteren günstigen Aufstieg. Dieser Aufstieg stellt sie wieder vor die Erfüllung neuer Aufgaben, und so harren heute schon wieder neue große Pläne ihrer Lösung.

Das größte Projekt ist die Errichtung des Warenhauses der „Produktion". Zu diesem Zweck ist kurz vor Ausbruch des Krieges ein äußerst günstig gelegener Platz zum Preise von dreivierteil Million Mark erworben. Der Bau selbst, dessen Pläne und Modelle fertiggestellt sind, erfordert einen Kostenaufwand von zirka 4 Millionen Mark. Das Warenhaus wird räumlich größer sein als das bekannte Warenhaus von Tietz am Jungfernstieg. Gleich nach Friedensschluß wird voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden.

So wächst sich die „Produktion" zu einem genossenschaftlichen Riesenunternehmen aus, das auch für das Wirtschaftsleben der Handelszentrale etwas bedeutet.

Was besonders die „Produktion" während des Krieges geleistet hat, das ist ein Kapitel für sich. Von den Behörden und der Bevölkerung Hamburg-Altonas wird rückhaltlos anerkannt, daß ohne die „Produktion" die Lebensmittelversorgung dieses Städtekomplexes noch weit schwieriger gewesen wäre.

Ein solches Unternehmen konnte von der Arbeiterschaft eines Städtegebiets in 18 Jahren geschaffen werden. Wieviel Kleinmut aber mußte in den ersten Jahren überwunden werden, um dem Genossenschaftsgedanken in Arbeiterkreisen Hamburgs Eingang zu verschaffen, und welchen Spott mußten die Gründer der „Produktion" zunächst ertragen, als sie ihr weitgestecktes genossenschaftliches Programm bekanntgaben! Heute fällt es keinem ernsthaften Menschen in Hamburg mehr ein, von der Genossenschaftsbewegung als von einem Palliativmittelchen zu reden. Heute ist der Genossenschaftsgedanke Gemeingut der Arbeiterschaft und weiter Kreise der Beamten- und Bürgerschaft, und damit gehört der Genossenschaftsbewegung die Zukunft.

Aus Nah und Fern.

Folgenschwere Verwechslung. Im Cloaxenschen Siechenhause zu Breslau bereiteten sich sechs Wärterinnen Klöße. Sie verwechselten zwei Tüten und richteten die Klöße statt mit Mehl mit Schwabenpulver an. Nach dem Genuß der Klöße erkrankten alle sechs Wärterinnen, eine von ihnen ist dem Gift schon erlegen.

Hochwassergefahr. Durch den anhaltenden starken Regen wurde der Altlauban-Bach, der seinen Lauf mitten durch die Stadt Lauban nimmt, zu einem reißenden Flusse und trat weit über seine Ufer. Diese in der Nähe des Baches gelegene Häuser stehen bis zum ersten Stockwerk unter Wasser und mußten geräumt werden. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Es dürfte bei fortdauerndem Regen zu einer ernsten Gefahr für einzelne Stadtteile werden. Auch der Queiß trat aus seinen Ufern und überschwemmte weite Strecken der Straßen und verschiedene Ortschaften des Queiß-Tales, doch wurde hier durch die Talsperre bei Marklissa bis jetzt größeres Unheil verhütet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.